



Hanns Dorfner:

**Endlich Realitäten zur Kenntnis nehmen**

Auf Kritik stößt das derzeitige Landesentwicklungsprogramm beim Vorsitzenden der niederbayerischen Landräte und seinen Kollegen.

Seite 15



Dr. Gabriele Pauli:

**Brandbriefe wegen Hartz IV-Zuschüssen**

Die Fürther Landrätin pocht auf Einhaltung von Zusagen und schnellste Beendigung von schreienden Ungerechtigkeiten und Finanzchaos.

Seite 16



Erwin Huber:

**Erster bayerischer Kommunalgipfel**

Die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Staatsregierung intensivieren möchte der Chef der bayerischen Staatskanzlei.

Seite 2

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 20. Oktober 2005

56. Jahrgang / Nummer 20

**Eröffnung der KOMMUNALE 2005 in Nürnberg:**

## Bayerns Gemeinden wollen's packen

„Bayerns Gemeinden haben Mut, die Herausforderungen zur Gestaltung einer lebenswerten Zukunft anzunehmen. Wir werden die Arme hochkrempeln und uns den neuen Aufgaben stellen“, betonte Erster Bürgermeister Wolfgang Kelsch, Erster Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, bei der Eröffnung der KOMMUNALE 2005, Tagung und Fachmesse für Kommunalbedarf im Messezentrum Nürnberg. Vor mehr als 1000 Kommunalpolitikern sagte Kelsch in Vertretung des erkrankten Präsidenten Dr. Uwe Brandl: „Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stärken den Verband durch ihre Teilnahme an dieser Großveranstaltung.“

des Landes nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte gelingen kann. „Wir müssen und wollen raus aus diesem Jammertal. Dazu muss jeder auf seiner Ebene und mit seinen Mitteln einen Beitrag leisten. Wir Kommunen werden beispielsweise durch verstärkte Investitionen in Straßen und Gebäude zur Aktivierung der Wirtschaft beitragen. Bei einer Besserung der derzeit noch angespannten Finanzlage werden wir den Bürgerinnen und Bür-

**Virtuelle Behörde der GZ: Tagungsprogramm erneut ergänzt**

Die vielen Fragen der Kommunen im Zusammenhang mit der Ausgabe elektronischer Reisepässe (ePässe) durch die Bundesdruckerei veranlassten uns, das Vortragsprogramm der „Virtuellen Behörde“ auf der „Kommunale“ der Nürnberg-Messe erneut zu ergänzen.

Die Berliner Hochsicherheitsfirma ist Generalunternehmer für das gesamte ePass-System. Die neuen Ausweise sind mit einem kontaktlosen Chip versehen, auf dem die Daten sowie ein Lichtbild des Passinhabers gespeichert werden. In einer späteren Phase werden auch zwei Fingerabdrücke des Passinhabers abgespeichert. Die Bundesdruckerei wird nicht nur die Pässe herstellen, sondern auch den insgesamt 5.700 Passbehörden in Deutschland die dafür notwendige zusätzliche Infrastruktur, wie Visualisierungsgeräte oder später Fingerabdruck-Scanner, zur Verfügung stellen.

Zu diesem und vielen weiteren Themen mehr in Nürnberg! Wir bitten alle Besucherinnen und Besucher, sich tagsaktuell auf unserer Website [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de) zu informieren.

Der Bayerische Gemeindetag sieht sich in seiner Funktion als Sprecher der kreisangehörigen Städte, Märkte und Gemeinden gestärkt. Bund und Freistaat sind laut Gemeindetag aufgefordert, endlich die lang versprochene Gemeindefinanzreform auf den Weg zu bringen, das in Bayern bewährte Konzeptsprinzip auch auf Bundesebene zu verankern und Wege zu finden, die dramatisch steigenden Soziallasten in den Griff zu bekommen. Darüber hinaus sollen sich Bürgerinnen und Bürger noch stärker als bislang für das örtliche Gemeinwesen engagieren. Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen, laute die Maxime. Kelsch: „Wir gehen in den Kommunen mit gutem Beispiel voran und nutzen durch interkommunale Zusammenarbeit Synergieeffekte.“

Der Wendelsteiner Bürgermeister machte sich für einen Schulterschluss von Staat, Kommunen und Bürgern stark. Er erklärte, dass die Bewältigung der aktuellen Probleme



Wolfgang Kelsch

gern auch wieder die in den vergangenen Jahren zurückgefahrenen Leistungen im sozialen und kulturellen Bereich anbieten“, sagte Kelsch. Jetzt müsse endlich ein Ruck durch das Land gehen, damit es wieder aufwärts geht. Die neue Bundesregierung sei angehalten, endlich eine solide Gemeindefinanzreform auf den Weg zu



Die neuen Preisträger des „Sparlöwen“ des Bundes der Steuerzahler in Bayern: Die Verlegerin der Passauer Neuen Presse, Angelika Diekmann, Innenminister Dr. Günther Beckstein sowie der Leiter der Landesvertretung Bayern der Techniker Krankenkasse, Helmut Heckenstaller erhielten aus den Händen von Präsident Rolf von Hohenau und dem Präsidenten des Verwaltungsrates, Dr. Paul Stefan (v. l.) die wertvolle Porzellanfigur als Dank und Anerkennung für sorgsamem Umgang mit öffentlichen Mitteln, sowie aktives Eintreten für sparsames und effizientes Wirtschaften und eine verunfortorientierte Mittelstandspolitik.

**Hohe Auszeichnung vom Bund der Steuerzahler:**

## Sparlöwe für Günther Beckstein

Mit dem „Sparlöwen des Bundes der Steuerzahler in Bayern“ wurde Innenminister Dr. Günther Beckstein ausgezeichnet. Präsident Rolf von Hohenau lobte die Verdienste des Politikers im Zusammenhang mit der Verwaltungsreform, die den Bürgern viel Geld spare und bundesweiten Vorbildcharakter habe.

Nicht nur dass sich der Innenminister für konsequentes Sparsparen eingesetzt habe, gefällt von Hohenau. Vielmehr habe Beckstein neben seiner hervorragenden Fachkompetenz ganz besonders viel Herzblut in die Bayerische Verwaltungsreform gesteckt. Bürgern und Unternehmen eine schlankere, bürgernahe und weniger bürokratische Verwaltung zu bieten, sei seine Zielsetzung.

Bundesländer verfahren mittlerweile beim Genehmigungsverfahren nach bayerischem Vorbild.

**Über 150 Millionen Euro an Gebühren eingespart**

Vor allem die von Beckstein verantworteten Reformen der Bauordnung, als deren Initiatoren sich die Steuerzahler betrachten, das „Vereinfachte Genehmigungsverfahren“ und das „Genehmigungsfreistellungsverfahren“ hätten bei den Steuerbürgern große Resonanz gefunden. Neben den Verfahrenserleichterungen sparen sich die bayerischen Bauherren - Dank Becksteins Reformen - über 150 Millionen Euro an Gebühren. Diese mustergültige bayerische Bauordnungsreform habe bundesweite Vorbildfunktion. Viele

Die Telekom richtet wieder öffentliche Fernsprecher ein. Die jetzige Aufbauaktion muss auf hardfests Marketstudien beruhen, mutmaßt die Vorzimmerperle. Eines aber zeigt diese Aktion ganz deutlich: Was forscht Fortschritt heißt, ist manchmal doch nur ein Zwischenschritt zum Bewährten. Seite 15



Unter dem Vorsitz von Verbandspräsident Manfred Hölzlein tagten am 6./7. Oktober 2005 das Präsidium und der Hauptausschuss des Verbandes der bayerischen Bezirke in Oberteisbach, Landkreis Dingolfing-Landau. Beim gemeinsamen Abendessen auf Einladung des gastgebenden Bezirks Niederbayern kündigte Staatsminister Erwin Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, in seiner Ansprache einen „bayerischen Kommunalgipfel“ an, der erstmals bereits am 24. Oktober stattfinden soll. Der künftig zweimal im Jahr geplante Austausch zwischen Staatsregierung, kommunalen Spitzenverbänden und Kommunalpolitikern zu aktuellen landes- und kommunalpolitischen Themen, wurde von den Teilnehmern mit Beifall aufgenommen. Im Bild erste Reihe von links: Albrecht Graf von Ingelheim, Bezirkstagspräsident von Unterfranken, Landrat Heinrich Trapp, Friederike Steinberger, Bezirkstagsvizepräsidentin von Oberbayern, Staatsminister Erwin Huber, Verbandspräsident Manfred Hölzlein, Rainer Schachtner, Bürgermeister von Loiching, und Fritz Körber, Bezirkstagsvizepräsident von Mittelfranken. Dahinter von links: Richard Bartsch, Bezirkstagspräsident von Mittelfranken, Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident von Schwaben, Ludwig Spreitzer, Bezirkstagsvizepräsident der Oberpfalz, und Regierungspräsident Dr. Walter Zitzelsberger

Foto: - en -

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

**Sie lesen in dieser Ausgabe**

Landtag reagiert auf Große Koalition	Seite 2
Landesdelegiertenversammlung der Freien Wähler	2
10 Jahre Bürgerentscheide in Bayern	2
GZ-Kolumne Luitpold Braun: Kein Verständnis für Honneckers Erben	3
Pressekonzferenz des Bayerischen Städtetags	3
20 Jahre Lokal-Radioprogramme in Bayern	3
GZ-Fachthemen: Kommunal Finanzen	5 - 8
Umweltschutz Abfall und Recycling	9/10
Wasserversorgung Wasseentsorgung	11/12
Aus den bayerischen Kommunen	19 - 12







Neueste Standortstudie „Bundesländer im Vergleich“:

# Bayern bundesweit an der Spitze

Stoiber: „Deutschland braucht eine verlässliche Politik für Innovationen“  
Wiesheu: „Clusterstrategie Schlüsselinstrument für erfolgreiche Wirtschaftspolitik“

Der Ministerrat hat über Konsequenzen aus der neuesten Standortstudie „Bundesländer im Vergleich: Wer wirtschaftet am besten?“ beraten. Im neuen Standortranking der Bundesländer stellt das renommierte Institut der deutschen Wirtschaft Köln in Zusammenarbeit mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft dem Wirtschaftsstandort Bayern ein exzellentes Zeugnis aus. Beim Vergleich der aktuellen Wirtschafts- und Leistungskraft holt sich Bayern - nach Platz 2 im Vorjahr - mit Bestwerten bei der Haushaltspolitik und der Arbeitsplatzversorgung Platz 1 von Baden-Württemberg zurück und ist damit das wirtschafts-

stärkste Land der Bundesrepublik. Bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Dynamik im Zeitraum 2002 bis 2004 konnte der Freistaat trotz seiner starken Ausgangslage seine Position gegenüber dem Vorjahr gleich um vier Plätze vom achten auf den vierten Platz verbessern, aus-schlaggebend waren hier vor allem das weit überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum und die Arbeitsproduktivität. Spitzenreiter ist hier Sachsen.

### Solide Finanzpolitik

Nach der Top-Bewertung im World Competitive Yearbook 2005 des Schweizer Instituts für Management und Development und dem erstklassigen Abschneiden im Standort-Ranking der Bertelsmann-Stiftung erhält Bayern damit in diesem Jahr be-

reits die dritte Spitzenbewertung durch eine renommierte Studie. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: „Die erneute Spitzenplatzierung des Freistaates in einem bundesweiten Standort-Ranking ist die klare Bestätigung unserer Politik für ein modernes und lebenswertes Bayern. Unsere solide Finanzpolitik mit der geringsten Zinssatz und unser klarer Kurs für Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung zahlen sich für die Menschen in Bayern aus. Die Konsequenzen für die Politik in Bayern und ganz Deutschland sind für mich ganz klar: Nur mit einer verlässlichen und berechenbaren Politik für Innovationen und gegen immer neue Schulden können wir in Zukunft Erfolg haben. Die Aufgabe der Zukunft für Deutschland heißt: Wir müssen das Thema Innovationen viel stärker nach vorne bringen. Als Hochlohnland können wir im internationalen Wettbewerb nur Erfolg haben, wenn wir besser sind als andere Länder, die billiger sind als wir. Deshalb brauchen wir neue, hochinnovative Produkte Made in Germany, von denen wir morgen und übermorgen leben können.“

### 20 Jahre private ...

(Fortsetzung von Seite 3) als die redaktionellen Beiträge und die Lokalnachrichten.

Anders sei die Situation an Standorten mit nur einem Lokalredakteur. Dort sei der Anteil der redaktionellen Beiträge immer noch deutlich höher, obwohl hier auch die Servicemeldungen rückläufig seien.

### Einbruch überwunden

Ab 2001 ist die Zeit für viele Lokalstationen durch Einbruch der Einnahmen laut Ring nicht einfach gewesen. Es habe unter dem Druck von Sparzwängen einen Personalabbau gegeben. Das sei letztlich auf Kosten der Programme gegangen. Doch seit 2004 habe sich hier die Situation wieder verbessert. Die Lage sei auf einem Stand wie in den besten Jahren. „Wir stellen zu unserer Freude fest, dass sich die Erwartung, dass sich das auch im Programm auswirkt.“

### Information und Service

Dass die Radios Geld verdienen müssten, ihre Gesellschafter möglichst hohe Renditen erwarteten, damit sei die BLM völlig einverstanden. „Wir haben auch kein Problem, dass dabei Unterhaltung und Animation eine wichtige Rolle spielen. Aber zum Radio gehören eben auch die Elemente Information und Service“, merkte Ring kritisch an und verwies auf die Vorschriften der Mediengesetze. Im übrigen, im Zeitalter von iPod und Podcasting, in dem jeder mit geringem Aufwand sein eigenes Programm zusammenstellen könne, müsse sich das Radio auf seine ureigenen Qualitäten besinnen. Es sei nach wie vor das schnellste Informationsmedium, das seine Hörer überall erreiche.

„Dabei erwarten wir nicht, dass unsere Lokalradios in Bayreuth, Garmisch oder Traunstein zu kleinen lokalen Deutschlandradios werden, aber doch, dass sie ihre Funktion und ihre Hörer ernst nehmen“. Dem der Ausstellungsöffnung beiwohnen den Elitz danke Ring für dessen Beiträge aus dem Archiv des in Köln ansässigen Deutschlandradios. **mhb**

wir schneller als andere bessere Produkte herstellen und damit Arbeitsplätze sichern. Diese Strategie der Clusterbildung ist sicher auch für Deutschland erfolgversprechend. Die Clusterstrategie ist ein Schlüsselinstrument der Zukunft für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik.“

### 55 Indikatoren beim Bestandsranking

Beim Bestandsranking stützt sich die Studie der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ auf einen aktuellen Leistungsvergleich der Länder bei insgesamt 55 Indikatoren wie Arbeitsmarkt, Bruttoinlandsprodukt, Infrastruktur. Die gute Platzierung Bayerns beim Bestandsranking sind vor allem auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. Bayern hat die beste Arbeitsplatzversorgung in ganz Deutschland: 2004 fanden 70 Prozent der 15- bis 65-jährigen Einwohner an ihrem Wohnort einen Arbeitsplatz
2. Die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger war mit 2,8 je 100 Einwohner so gering wie in keinem anderen Bundesland.
3. Platz 1 belegt Bayern auch beim Schuldenstand der öffentlichen Haushalte: Mit 3.250 Euro je Einwohner war die Verschuldung die mit Abstand

### Staatskanzleichef Erwin Huber bei Caritas-Fachtagung:

## Wirtschaftlicher Erfolg ist Grundlage für soziale Sicherheit

Staatskanzleichef Erwin Huber hat bei der Caritas-Fachtagung in Augsburg die große Bedeutung eines starken sozialen Netzes in Bayern betont. Huber: „Wer Hilfe braucht, muss sich auch in Zukunft auf die Solidargemeinschaft verlassen können. Die hohe soziale Sicherheit in Bayern ist neben allen ökonomischen Fragen ein großes Plus, das wir weiter pflegen und erhalten müssen.“

Huber betonte, dass persönliche und soziale Sicherheit für die Menschen in Bayern dann garantiert werden kann, wenn Bayern auch künftig wirtschaftlich auf Erfolgskurs bleibt. Huber: „Mit einem klaren Kurs für Wachstum, Innovationen und

## Bayerns Gemeinden wollen's ...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Das gesamte Finanzgeflecht zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss entwirrt und neu strukturiert werden. Kein Mensch versteht die Beteiligungs- und Umlage-mechanismen, wie sie derzeit gelten“, fuhr Kelsch fort. Daneben appellierte er an den Freistaat Bayern, beim anstehenden Kommunalen Finanzausgleich die Schief-lage der Gewerbesteuererinnahmen bei kreisangehörigen und kreisfreien Gemeinden zu berücksichtigen: „Das Geld muss stärker als bisher in die wirklich bedürftigen Gemeinden fließen. Beim Finanzausgleich 2006 wollen wir die Schlüsselzuweisungen auf dem Stand des Jahres 2005 halten, mehr Mittel für Abwasserförderung und Investitionen sowie Lösungen im Sozialbereich und bei Hartz IV.“

Apropos Hartz IV: Kelsch ließ keinen Zweifel daran, „uns vehement dafür einzusetzen, dass bei Hartz IV der kreisangehörige Bereich nicht über die Kreisumlage die Zeche zahlen muss“. Er forderte die Bayerische Staatsregierung auf, aktiv mitzuwirken, dass im Rahmen der anstehenden Revision die vom Bund gesetzlich garantierten 29,1 Prozent Kostenüber-

nahme für die Unterbringung des betroffenen Personenkreises in Bayern gerecht verteilt werden. Es könne und dürfe bei dieser Umstrukturierung nicht sein, „dass die Entlastung nicht allen Kommunen zugute kommt, weil das Hartz-Gesetz insoweit löchrig wie ein Schweizer Käse ist“.

Kelsch betonte, dass die Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Grundsatz richtig war. Kritik äußerte er am Streit über die Berechnung der Be- bzw. Entlastungen von Bund, Ländern und Kommunen. „Die Kommunen sind von der Sozialhilfe entlastet und durch die Kosten zur Unterbringung belastet. Hinzu kommen noch die Heizkosten, die in jüngster Zeit drastisch steigen. Per Saldo hat sich inzwischen herausgestellt, dass im ländlichen Raum keine finanziellen Vorteile für die Kommunen feststellbar sind. Dies kann aber nicht bedeuten, dass der kreisangehörige Bereich über die Kreisumlage letztlich die Zeche zahlen muss. Der Bayerische Gemeindegeld wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass Bund und Freistaat ihre Zusagen einhalten“, so Kelsch abschließend. **DK**

niedrigste in ganz Deutschland. 4. Bayern ist mit nur 5.753 Straftaten je 100.000 Einwohner und einer Aufklärungsquote 65,6 % das sicherste Bundesland. 5. Auch bei der demografischen Entwicklung liegt Bayern vorn: 2004 stieg die Zahl der Einwohner um 0,6 Prozent.

### Spitzenwert bei der Sicherheit

Stoiber: „Besonders erfreulich ist für mich der absolute Spitzenwert bei der sozialen und persönlichen Sicherheit für die Menschen in Bayern. Die exzellente Prognose für die weitere Entwicklung Bayerns in den nächsten Jahren zeigt, dass wir mit einer verlässlichen und berechenbaren Politik für ein wirtschaftlich starkes Bayern mit einem guten sozialen Klima auf dem richtigen Weg sind.“

### Exzellente Ausgangswerte

Beim Dynamikranking, das die Veränderungen bei insgesamt 33 Indikatoren wie Arbeitseinkommen, Bruttoinlandsprodukt und Ausbildungsplatzdichte im Zeitraum 2002 bis 2004 untersucht, rückte Bayern gleich um vier Plätze vor auf Rang vier. Die Wirtschaft wuchs 2004 um 2,1 Prozent, die Arbeitsproduktivität um 2,8 Prozent und auch die Gründungsaktivität nahm spürbar zu. Wiesheu: „Der kräftige Sprung nach vorn beim Dynamikranking ist besonders erfreulich, da es für Bayern bei den exzellenten Ausgangswerten naturgemäß schwieriger ist sich weiter zu verbessern.“ **r**

## 30 Jahre Bildungszentrum Wildbad Kreuth

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: „Herausragendes Forum für politische Bildung und gesellschaftlichen Dialog“

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat das Bildungszentrum der Hanns-Seidel-Stiftung als herausragendes Forum für politische Bildung und gesellschaftlichen Dialog gewürdigt. Bei den Feierlichkeiten zum 30-jährigen Bestehen des Bildungszentrums in Wildbad Kreuth sagte Stoiber: „Das Bildungszentrum in Wildbad Kreuth ist ein Markenzeichen der Hanns-Seidel-Stiftung und hat sich als Mekka des geistig-kulturellen Meinungsaustauschs weit über Bayern und Deutschland hinaus einen Namen gemacht.“

### Unverzichtbarer Beitrag für die Demokratie

Mit ihrem Bildungszentrum leistet die Hanns-Seidel-Stiftung einen unverzichtbaren Beitrag, dass in unserer Demokratie auch die geistige und moralische Dimension von Politik immer wieder neu bewusst gemacht wird. Die drei Jahrzehnte Bildungsar-

beit der Hanns-Seidel-Stiftung sind eine Erfolgsgeschichte im Dienste der Demokratie.“ Es sei immer der Leitgedanke des Bildungszentrums gewesen, aus einer christlich-sozialen Verantwortungsethik Lösungsansätze für die aktuellen politischen, ethischen und gesellschaftlichen Fragestellungen zu entwickeln, erklärte Stoiber. Mit seinem vielfältigen Angebot von Konferenzen, Seminaren und Weiterbildungsmöglichkeiten pflege das Bildungszentrum Wildbad Kreuth eine Kultur des politischen Dialogs, die viele Menschen zu einem bürgerschaftlichen Engagement in Staat und Gesellschaft ermutigt und motiviert. Stoiber: „Das Bildungszentrum in Wildbad Kreuth setzt sich in vorbildlicher Weise dafür ein, dass immer mehr Menschen in Deutschland die großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, aktiv mitgestalten und Verantwortung übernehmen.“ **r**

### ConSozial 2005 am 9./10. November in der Nürnberg Messe:

## „Visionen sozialen Handelns“

Stewens: Größte Kongressmesse für den Sozialmarkt im deutschsprachigen Raum

„Wir haben die 7. ConSozial unter das Motto Visionen sozialen Handelns - menschlich + fachlich + wirtschaftlich gestellt“, gab Bayerns Sozialministerin Christa Stevens bekannt. „Denn in einer Zeit, in der Menschen immer mehr nach ökonomischen Gesichtspunkten beurteilt werden, brauchen soziale Organisationen eine greifbare Vision. Ohne eine Vision des menschlichen Zusammenlebens werden sie zu seelenlosen Betrieben. Die Fachlichkeit gewährleistet die Wirksamkeit der Hilfsangebote sozialer Arbeit und Pflege. Und die Wirtschaftlichkeit sichert Bestand und Handlungsspielräume.“

Am 9. und 10. November werden im Nürnberger Messezentrum rund 4.000 Führungs- und Fachkräfte unter diesem Leitsatz Perspektiven für die soziale Arbeit und Pflege aufzeigen. Im Kongress werden in über 50 Fachvorträgen, Workshops und Praxisreferaten erprobte und neue Projekte und Methoden vorgestellt sowie zukunftsweisende Erkenntnisse der Forschung diskutiert. Die Messe umfasst Produkte und Dienstleistungen für die Sozialwirtschaft von 220 Ausstellern mit mehr als 20 eigenen Foren und Impulsvorträgen, sie bietet das Hochschulforum zu Studiengängen und Weiterbildungen im Sozial- und Pflege-management sowie die Job-Infobörse für den Führungs- und Fachkräftenachwuchs - ergänzt durch den Auftritt der Bundesagentur für Arbeit. So können sich die Kongress- und Messebesucher beispielsweise über die praktischen Auswirkungen der Hartz-Reformen auf den Sozialmarkt informieren oder Erfahrungen sozialer Dienstleister mit Outsourcing, Workflowmanagement und E-Recruiting kennenlernen.

Im Rahmen der ConSozial wird Stewens zwei mit jeweils 8.000 Euro dotierte Preise verliehen. Zusätzlich zu dem von Ernst & Young gestifteten Managementpreis wurde in diesem Jahr erstmals der von „Dr. Loew Soziale Dienstleistungen“ gestiftete Wissenschaftspreis ausgeteilt. „Neben einer herausragenden Innovation in der sozialen Praxis kann mit dem ConSozial Wissenschaftspreis nun auch eine sozialwissenschaftliche Arbeit ausgezeichnet werden“, freute sich Stewens.

Einzelheiten zur ConSozial 2005 sind im Internet unter [www.consozial.de](http://www.consozial.de) abrufbar. **r**

### Innenminister Dr. Günther Beckstein:

## Finanzhilfen für Kommunen zur Beseitigung von Hochwasserschäden an Infrastruktur

„Bund und Freistaat unterstützen die Kommunen bei der Wiederherstellung ihrer kommunalen Infrastruktur, die das Sommer-Hochwasser beschädigt hat. Die Finanzhilfen zur Beseitigung der Hochwasserschäden stehen ab sofort bereit“, teilt Innenminister Dr. Günther Beckstein mit.

Anlaufstellen für die vom Hochwasser im August betroffenen Städte, Märkte und Gemeinden sind die jeweiligen Bezirksregierungen. Nähere Informationen zur Schadensabwicklung einschließlich der konkreten Ansprechpartner sind im Internet abrufbar unter <http://www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebaufoerderung/programme/>.

### Kontakt aufnehmen

Beckstein appelliert an die Kommunen, mit den zuständigen Stellen so schnell wie mög-

lich Kontakt aufzunehmen und die Schäden an der Infrastruktur zu melden.

Die förderfähigen Wiederherstellungsmaßnahmen, die zwischen Bund und Freistaat vereinbart wurden, umfassen nahezu die gesamte Breite der kommunalen und gemeinnützigen Infrastruktur. „Dies sind ersten Erhebungen zufolge insbesondere die kommunalen Straßen, aber auch Gewässer und Hochwasserschutzanlagen, Kläranlagen, Schulen, Kindergärten, Sportanlagen und Spielplätze“, veranschaulicht Beckstein. **r**

## Sparkassen-Finanzgruppe:

## Vermögensbarometer 2005

Das Vermögensbarometer 2005 der Sparkassen-Finanzgruppe geht aus einer bundesweiten Umfrage hervor, die das Marktforschungsinstitut TNS Infratest in Bielefeld im Auftrag der Sparkassen durchgeführt hat. Alljährlich im Herbst legt der Deutsche Sparkassen- und Giroverband die Ergebnisse dieser Studie vor. Sie stellt die umfangreichste Analyse der aktuellen Finanzlage der Bundesbürger dar.

Aus Platzgründen geht das Vermögensbarometer 2005 allerdings nur begrenzt auf regionale Unterschiede innerhalb Deutschlands ein. Aus diesem Grund sind hier separat die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst, die die Analyse im Bundesland Bayern offen gelegt hat.

### Der finanzielle Status quo der Bayern

Ein erfreuliches Ergebnis: In keinem deutschen Bundesland sind die Menschen so vermögend wie im Freistaat Bayern. Fast jede vierte Haushalte (24,4 Prozent) gibt an, über ein Finanzvermögen - also Geldvermögen ohne Immobilien - von mehr als 50.000 Euro zu verfügen. Zum einen stellt dieser Spitzenwert die Umfrageergebnisse in allen anderen Regionen deutlich in den Schatten. Zum zweiten hatte vor einem Jahr nur etwa jeder fünfte Befragte (20,5 Prozent) erklärt, über Anlagekapital in dieser Höhe zu verfügen. Der finanzielle Status Quo der Bürger Bayerns hat sich so mit binnen eines Jahres auf ohnehin hohem Niveau noch einmal deutlich verbessert.

Allerdings geben zugleich 13,4 Prozent der Befragten an, über keinerlei Geldvermögen zu verfügen. Dies hatten vor einem Jahr nur 9,6 Prozent der Verbraucher zwischen Rhön und Bayerischen Alpen erklärt. Trotz dieser insgesamt positiven Werte hat sich die Selbsteinschätzung der Verbraucher im Freistaat Bayern zuletzt leicht eingetrübt. Aktuell erklären 41,3 Prozent der Be-

„wichtig“. Daneben spielen bei jeweils mehr als 80 Prozent der Bevölkerung die Flexibilität der Anlage, die Vertrautheit mit dem jeweiligen Produkt, die individuelle Lebensplanung, der Hinterbliebenenschutz, die Verfügbarkeit und eine hohe Rendite eine entscheidende Rolle.

### Die Favoriten für den Vermögensaufbau

Bayern ist eines der wenigen Bundesländer, in denen die Lebensversicherung zur Zeit einen noch besseren Ruf inne hat als das Eigenheim. Aktuell halten 45,7 Prozent der Befragten die Lebenspolice für „am besten“ geeignet für den Aufbau eines Vermögens. Bei der selbst genutzten Immobilien sind es mit 43 Prozent erstmals weniger. Dies entspricht einem Rückgang von gut sechs Prozentpunkten zum Vorjahr.

Im Gegenzug favorisieren deutlich mehr Menschen als im Vorjahr Mietimmobilien als Vermögenswert. 28,5 Prozent der Bayern halten diese Anlageform nun für ideal. Das sind 30 Prozent bzw. 6,6 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Nur in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen liegen die Vergleichswerte in diesem Jahr höher. Immobilienfonds, die vor allem in gewerbliche Objekte investieren, haben bei den Bayern dagegen an Attraktivität deutlich verloren.

### Nirgends sind Anleihen beliebter

Ein weiterer Rekord: In keinem Bundesland sind festverzinsliche Wertpapiere so beliebt wie in Bayern. Fast jeder Fünfte (18,2 Prozent) hält sie für ideal,

3,4 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Bundesweit liegt der Vergleichswert nur bei knapp 13 Prozent.

Überdurchschnittlich beliebt sind im Südosten Deutschlands darüber hinaus Investmentfonds und Riester-Produkte. Bei privaten Rentenversicherungen, Bausparverträgen und der betrieblichen Altersversorgung ist das Urteil hingegen eher verhalten. Während Aktien in Bayern vor einem Jahr einen ausgesprochen guten Ruf hatten, hat sich die Begeisterung inzwischen wieder gelegt.

Überdurchschnittlich häufig haben sich die Bayern für Lebensversicherungen als Kapitalanlage entschieden. Drei Viertel der Bevölkerung (74,7 Prozent) bilden mit Hilfe einer solchen Police Vermögen. Dies sind gut sechs Prozentpunkte mehr als im Bundesmittel und zugleich rund fünf Prozentpunkte mehr als im Vorjahr.

Bei festverzinslichen Wertpapieren halten die bayerischen Anleger einen weiteren deutschen Rekord: 34,5 Prozent besitzen zur Zeit Anleihen. Dies sind - trotz ungewöhnlich niedriger Renditen an den Rentenmärkten - neun Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr.

Daneben ist sowohl bei Immobilienfonds als auch bei Mietimmobilien das Interesse groß. Jeweils fast zwanzig Prozent mehr als diesen Anlageformen ihr Vermögen.

### Vision und Wirklichkeit

Wie bereits in den Vorjahren gehören die Bayern zur Gruppe der großen Optimisten in der Bundesrepublik. 71,2 Prozent von ihnen erwarten, dass sie ihre individuellen finanziellen Ziele „auf jeden Fall“ oder

„wahrscheinlich“ erreichen werden. Dies sind nochmals etwas mehr als im Jahr 2004. Damit zählt der Freistaat neben Hamburg, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen in die Spitzengruppe der Bundesländer. Deutschlandweit teilen nur 65,7 Prozent der Verbraucher eine solch erwartungsfrohe Haltung.

Eine pessimistische Perspektive haben hingegen weiterhin rund acht Prozent der Befragten. Sie glauben, dass sie die gewünschte finanzielle Absicherung „wahrscheinlich nicht“ oder „auf keinen Fall“ erreichen werden. Dieser Wert entspricht dem nationalen Durchschnitt.

## ElsterOnline - das elektronische Finanzamt

„ElsterOnline, das neue Internet-Portal von ELSTER bündelt die Online-Dienstleistungen der Finanzverwaltung. ElsterOnline ist das persönliche elektronische Finanzamt“, erklärte Finanzstaatssekretär Franz Meyer bei der Eröffnung des Portals in Berlin.

„Die wichtigste Dienstleistung des neuen Portals ist mit Sicherheit das elektronische Zertifikat. Dieses Zertifikat ersetzt die Unterschrift auf Papier und stellt eine eindeutige Identifizierung sicher. Damit bietet die Finanzverwaltung alles für eine papierlose Steuererklärung mit höchster Sicherheit an“, ergänzte Meyer.

### Nutzung des Portals

Neben der Anmeldung für das elektronische Zertifikat bietet ElsterOnline ab sofort die Möglichkeit, Umsatzsteueranmeldungen und Dauerfristverlängerungen direkt online und ohne zusätzliches Steuerklärungsprogramm über den Internetnavigator einzugeben. Die Nutzung des Onlineportals ist mit allen gängigen Betriebssystemen möglich.

An dem Angebot von ElsterOnline nehmen zunächst neben Bayern noch Nordrhein-Westfalen, Berlin, Hessen und Sachsen teil. Zum Jahreswech-

sel wird das Portal für alle 16 Länder freigeschaltet.

### Sukzessiver Ausbau des Angebots

Das Dienstleistungsangebot von ElsterOnline wird sukzessive ausgebaut. Ab Mitte Oktober bietet das Portal die Möglichkeit, das persönliche Steuerkonto online abzufragen. Ab November können Unternehmer direkt im Portal auch Lohnsteueranmeldungen tätigen. Anfang 2006 wird mit dem neuen Veranlagungszeitraum mit einem starken Anstieg der Zugriffe gerechnet. Bis dahin wird die Onlinehilfe voll ausgebaut sein. Ab diesem Zeitpunkt können zudem Arbeitnehmer die Daten der Lohnsteuerbescheinigungen über das Portal übermitteln.

„Ich bin sicher, dass die Vorteile des neuen Portals die Nutzer überzeugen werden. Das wird sich auch bei den Anwerdzahlen zeigen“, sagte Meyer abschließend.

Sparkassen-Finanzgruppe

## Erschließungsträgerschaft nach 124 BauGB - ein ppp-Modell?

Man muss die Definition von ppp-Modellen nicht überdenken, um auch die Erschließungsträgerschaft nach § 124 BauGB darunter zu verstehen. Es war gerade der Gesetzgeber, der den Kommunen hiermit die Möglichkeit geschaffen hat, die kommunalen Erschließungsaufgaben auf einen, wie es im Gesetz heißt, „Dritten“ zu übertragen. Damit ist die Erschließungsträgerschaft eine frühe Form des ppp-Modells, als noch niemand dies bei uns mit diesem angelsächsischen Begriff verband.

Die Erschließungsträgerschaft, wie sie z.B. im Konzern der BayernLB von der BayernGrund GmbH seit vielen Jahren angeboten wird, vereint alle wesentlichen Merkmale, die nach heutiger Definition einem ppp-Modell zugeschrieben werden: Realisierung eines kommunalen Projektes im eigenen Namen, auf eigenes Risiko und auf eigene Rechnung, ohne die Kassen der öffentlichen Hand zu belasten.

### Erschwerte Abrechnung

Es ist nicht nur die enge Haushaltslage, die Kommunen dazu veranlasst, die Erschließung kommunaler und/oder privater Flächen künftiger Wohn- und Gewerbegebiete auf einen Erschließungsträger zu übertragen, der ohne eigene Grundstücksinteressen die zügige Realisierung sicherstellt. Sehr häufig sind es Fragen der Erschließungsabrechnung z. B. bei Fremdanlegergrundstücken, die die Abrechnung von Erschließungskosten über Beitragsbescheide so schwierig machen bzw. politisch unter Umständen so nicht gewollt sind. Die Einbindung eines Er-

schließungsträgers kann hier die Lösung der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen sein.

Erschließungsträger kann nach dem Gesetz jeder Dritte sein. Der Bayerische Gemeindegeldempfänger empfiehlt daher seinen Mitgliedern bei der Auswahl des Erschließungsträgers Kompetenz und Bonität genau zu prüfen, da mit der Übertragung der Aufgabe u.U. nicht unerhebliche Risiken bei der Kommune verbleiben könnten. Es gilt die Risiken zu kennen, sie zu bewerten und zu prüfen und in den vertraglichen Vereinbarungen möglichst gering zu halten.

### Musterverträge

Der Bayerische Gemeindegeldempfänger hat hierzu Musterverträge gestaltet, die regelmäßig der aktuellen Rechtsprechung angepasst werden und dem Wunsch der Kommunen nach Risikoeinschränkung Rechnung tragen. Der Erschließungsträger als Partner der Kommunen übernimmt im Einzelfall nach Bedarf

- 1 die Moderation der Interessen aller Beteiligten
- 1 die Planung und Entwicklung im Sinne der Kommune

- 1 die ingenieurtechnische Begleitung
- 1 die Abstimmung mit den Versorgungs- und sonstigen Leitungsträgern
- 1 die Ausschreibung der Bauleistungen
- 1 die Einholung von Genehmigungen
- 1 die Beschaffung von Finanzierungsmitteln
- 1 die Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- 1 die kostenlose Übergabe der Erschließungsanlagen an die Kommune
- 1 die transparente Abrechnung der Maßnahme mit den Grundstückseigentümern
- 1 die weitgehende Entlastung der kommunalen Verwaltung durch die Übernahme der gesamten Steuerung und Koordination (keine Bescheide mehr).

Die rechtliche Kompetenz eines Erschließungsträgers zeigt sich u.a. auch bei der Vergabe der Bauleistungen. Die pauschale - wenn auch werbewirksame - Aussage, es könne immer nach dem Privatrecht konsequent ohne die Anwendung der VOB ausgeschrieben werden, ist leider falsch. Die politischen Risiken solcher Konstruktionen fallen letztendlich auf den kommunalen Vertragspartner zurück.

Die über 30-jährige Erfahrung in Verbindung mit dem öffentlich-rechtlichen Gesellschafterhintergrund ist bei BayernGrund Garant für Bonität, Kompetenz und nicht zuletzt Fairness.

Wir sind, wo Sie sind.  
Sparkassen. Gut für Bayern.



Gerade bei Finanzgeschäften wollen die Menschen Partner haben, auf die sie sich verlassen können. Die Sparkassen sind die Kreditinstitute, die das höchste Vertrauen in Deutschland genießen. Was sicher damit zu tun hat, das wir auf persönliche und örtliche Nähe Wert legen. Und bestimmt spielt auch eine Rolle, dass wir niemanden ausgrenzen, sondern für jeden Kunden ein passendes Angebot haben. [www.sparkasse.de](http://www.sparkasse.de)

# Rechte und Pflichten kommunaler Aufsichtsräte

Teil 1: Das Amt des Aufsichtsrates in Kommunalen Unternehmen

Von Herbert Reiss, Geschäftsführender Partner, Deloitte & Touche GmbH  
Prof. Dr. Thomas Edenhofer, Partner, Deloitte & Touche GmbH

Soweit eine Gebietskörperschaft ihre Aufgaben auf ein kommunales Unternehmen überträgt, ist sie verpflichtet, sich zur Erfüllung des jeweiligen öffentlichen Zwecks Informations- und Einflussmöglichkeiten vorzubehalten. Ansatzpunkte für die Kommunen bietet das Gesellschaftsrecht z.B. durch die Aufgabenbeschreibung in der Satzung, durch die Weisungsgebundenheit des GmbH-Geschäftsführers gegenüber der Gesellschafterversammlung oder durch das in der Satzung verankerte Recht der Kommune, Mitglieder aus dem Rat in den Aufsichtsrat zu entsenden. Durch die Entsendung bestehen direkte Möglichkeiten, sich in Unternehmen der öffentlichen Hand den erforderlichen Einfluss zu sichern.

## Das Amt des Aufsichtsratsmitgliedes - ein Nebenamt

Das Amt des AR-Mitgliedes ist ein typisches Nebenamt. Der Gesetzgeber hat den Charakter als Nebenamt bei der Informationsversorgung dadurch anerkannt, indem er das AR-Mitglied von der zeitaufwendigen Arbeit der Informationsbeschaffung grundsätzlich entlastet hat. Der Aufsichtsrat ist auch kein Disziplinarvorgesetzter, der sich laufend selbst davon überzeugen muss, dass alles richtig läuft. Der Charakter als Nebenamt darf allerdings nicht zu einer laxen Wahrnehmung der Amtspflichten verleiten. Vielmehr kommt es darauf an, die Aufgaben aus dem Nebenamt so auf das Wesentliche zu richten, dass eine wirksame Überwachung gewährleistet ist.

## Gleiche Rechte und Pflichten

Alle AR-Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten, wenn man von der Sonderstellung des AR- und Ausschussvorsitzenden absieht. Aus der gesetzlichen Gleichstellung folgt der Anspruch jedes AR-Mitgliedes bei seiner Amtsausübung von allen Organen des Unternehmens (Gesellschafterversammlung, Vorstand und Aufsichtsrat), aber auch vom Aufsichtsrats- oder Ausschussvorsitzenden gegenüber seinen Kollegen gleich behandelt zu werden.

## Anforderungen des Amtes

Ein ordentlicher und gewissenhafter Aufsichtsrat muss insbesondere im Hinblick auf die große Verantwortung - über die zur sorgfältigen Amtsführung erforderliche Zeit verfügen. Er muss zur Wahrnehmung des Amtes außerdem die nötigen Mindestkenntnisse und Fachkenntnisse aufweisen. Die

Für die Haftung sollte indes die Unterscheidung zwischen Mindest- und Fachkenntnissen nicht überschätzt werden. Will das Aufsichtsratsmitglied sich nämlich im Regressfall exkulpieren, dann muss es nicht nur darlegen, seiner Erkundigungspflicht nachgekommen zu sein. Es muss vielmehr darlegen, dass es weder an den Mindestkenntnissen, noch an den Fachkenntnissen gemangelt hat.

## Höchstpersönliche Amtsführung

Es besteht ein Vertretungs- und Delegationsverbot. Dass AR-Mitglieder oder dritte Personen für abwesende Mitglieder tätig werden können, ist hiervon keine Ausnahme. Die Überreicher der schriftlichen Stimmabgaben werden dann nur als Stimmboten des abwesenden

Zahlungen aus Bauverträgen richten sich nach den Bestimmungen des § 16 der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB/B). So werden Abschlagszahlungen binnen 18 Werktagen und Schlusszahlungen spätestens innerhalb von zwei Monaten fällig.

„Generell stelle ich zur Zahlungsmoral öffentlicher Auftraggeber fest, dass mit der Neufassung der einschlägigen Bestimmungen der VOB 2002 und den für die Aufträge der Staatsbauverwaltung weitergehenden Regelungen des Vergabehandbuchs ein wirksames Instrument zur Einhaltung der Zahlungsbedingungen durch den öffentlichen Auftraggeber geschaffen ist“, unterstreicht Beckstein.

Wenn die Bauverwaltung ein freiberufliches Büro zur Abwicklung des Bauauftrages einschaltet, ist mit diesem vertraglich geregelt, dass ein-

hendere Rechnungen sofort nach Zugang auf ihre Prüffähigkeit zu kontrollieren und unverzüglich fachtechnisch und rechnerisch zu prüfen und festzustellen sind. Die festgestellten Rechnungen sind der Baubehörde so rechtzeitig vorzulegen, dass sie die Auszahlung innerhalb der vertraglichen Zahlungsfrist anweisen kann.

„Sollte es ausnahmsweise trotzdem zu einer Zahlungsverzögerung kommen, bei der die Fristen der VOB überschritten werden, so kann der Auftragnehmer Verzugszinsen verlangen“, weist Beckstein auf § 16 VOB/B hin. „Wir haben auch den Kommunen empfohlen, die staatlichen Vergabehandbücher anzuwenden. Die kommunalen Spitzenverbände haben wir gebeten, ihre Mitglieder auf die Problematik etwaiger schleppender Zahlungen von Handwerksrechnungen hinzuweisen“, so Beckstein.

Die Anforderungen steigen. Ob komplexe Zahlungsvorkläarung, professionelle Anlageformen oder die Strukturierung von Finanzierungen. Mit unserem Know-How begleiten wir Sie umfassend. Präsenz vor Ort und Kenntnis der jeweiligen Landes- und Kommunalgesetze versteht sich. Fordern Sie uns.

Die Anforderungen steigen. Ob komplexe Zahlungsvorkläarung, professionelle Anlageformen oder die Strukturierung von Finanzierungen. Mit unserem Know-How begleiten wir Sie umfassend. Präsenz vor Ort und Kenntnis der jeweiligen Landes- und Kommunalgesetze versteht sich. Fordern Sie uns.

Mindestkenntnisse sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes die Kenntnisse allgemeiner, wirtschaftlicher, organisatorischer und rechtlicher Art, die erforderlich sind, um alle normalerweise anfallenden Geschäftsvorgänge auch ohne fremde Hilfe verstehen und sachgerecht beurteilen zu können. Diese Kenntnisse müssen bereits zu Beginn der Amtszeit vorhanden sein. Es ist nicht ganz einfach, die Aussage des Bundesgerichtshofes zu konkretisieren. Allerdings wird zu den Mindestkenntnissen sicherlich folgendes gehören:

## Externe Beratungshilfen

Externe Beratungshilfen darf das AR-Mitglied nur in Anspruch nehmen,

1 wenn es sich um eine konkrete Aufgabe auf den Einzelfall beschränkte Fragestellung handelt, die mit der gesetzlich vorausgesetzten Mindestachkunde allein nicht bewältigt werden kann

1 die Beratung ausschließlich der Erfüllung gesetzlicher AR-Aufgaben dient, hierzu erfor-

derlich ist und nicht durch eine gesellschaftsinterne Klärung ersetzbar ist und

## Grenzen kommunaler Einflussnahme

Jedes AR-Mitglied, gleichgültig von wem es gewählt oder entsandt wurde, hat sich bei der Ausübung seines Amtes - ebenso wie der Vorstand - ausschließlich vom Interesse des Unternehmens leiten zu lassen. Diese Forderung klingt sehr einfach. Ihre Realisierung kann schwierig sein, weil die meisten AR-Mitglieder mehr oder minder starke Interessen aus ihren Haupt- oder Nebenbetätigungen

(sicher auch politische Interessen) haben, die im Widerspruch zum Unternehmensinteresse treten können.

## Interessenkonflikte

Der Gesetzgeber hat in Kauf genommen, dass solche Interessenkonflikte bestehen. Das AR-Mitglied muss aber in solchen Konfliktsituationen bei der Ausübung seines Amtes seiner Treupflicht gegenüber der Gesellschaft folgen. Es muss allein den Vorteil des Unternehmens wahren und Schaden von ihm abwehren.

Teil 2 dieses Artikels zum Thema „Verschwiegenheitspflicht, Offenbarung, Haftung“ folgt in einer der nächsten GZ-Ausgaben.

## Finanzplatz München Initiative:

# Neuer Internetauftritt

„Die neue, zweisprachige Website der Finanzplatz München Initiative informiert umfassend über einen der bedeutendsten Finanzplätze Europas, über seine Unternehmen, seine Institutionen und sein einzigartiges Umfeld. Damit erhält die Initiative neuen Schwung“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Otto Wiesheu anlässlich der Vorstellung des neuen Internetauftritts der Finanzplatz München Initiative in der Börse München. Wiesheu dankte zugleich der Börse für ihr Engagement bei der Erstellung des neuen Internetauftritts.

Diese Initiative bildet nach Ansicht Wiesheus eine wichtige Plattform, um den Finanzplatz München national und international zu stärken. „München ist in Deutschland Versicherungsplatz Nr. 1, Bankplatz Nr. 2, Spitzenstandort für Asset-Management, der Top-Standort für Private Equity, Venture-Capital und Leasing sowie ein bedeutender Börsenplatz. Die Finanzplatz München Initiative trägt dazu bei, diese Position zu halten und auszubauen.“ Bayerns Wirtschaftsminister wies auch auf die Bedeutung des Finanzplatzes für den Wirtschaftsstandort Bayern hin: Während die Wertschöpfung der gesamten bayerischen Wirtschaft von 1991 bis 2004 um 29,1 % stieg, legte die Wertschöpfung des bayerischen Finanzsektors um knapp 55 % zu.

## Idealkonstellation

Werner Schmidt, Vorsitzender des Vorstands der Bayern LB, sieht eine Idealkonstellation. „In der Kombination Innovationszentrum und bedeutender Finanzplatz bietet München neben seinen über 68.000 Arbeitsplätzen in einem Bereich der Wirtschaft, der nicht nur in den letzten Jahren kräftig zulegen konnte, sondern der noch ein beachtliches Zukunftspotential hat.“

Herr Dr. Faber, Mitglied des Vorstands der Allianz, stellt fest: „Das Verhältnis zwischen Frankfurt und München ist in etwa so wie zwischen New York und Boston: An der Wall Street und am Main dominieren die Wertpapierhandelshäuser, in Boston und an der Isar sind wichtige Vermögensmanager - eine durchaus gesunde Arbeitsteilung.“

## Beginn im Jahr 2000

Wirtschaftsminister Wiesheu hat die „Finanzplatz München Initiative“ im Jahr 2000 ins Leben gerufen, an der hochrangige Vertreter von Kreditwirtschaft, Versicherungen, Venture-Capital Unternehmen, Bayerische Börse AG, Kammern und Wirtschaftsverbänden sowie aus der Wissenschaft teilnehmen.

Schwerpunkte der Tätigkeit sind die Mitgestaltung des europäischen Finanzplatzes sowie die Einflüsse auf die Gesetzgebungsvorhaben der EU und des Bundes, die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle und Forcierung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis sowie die Intensivierung des Standortmarketings. In der neuen Online-Version (www.fpmi.de) können die Porträts der Mitglieder der Finanzplatz München Initiative mit einer Vielzahl von Links abgerufen werden.

HypoVereinsbank  
Firmenkunden Zentralbereich  
Öffentliche Kunden  
Thomas Grotowski  
Telefon 089 378-46247

# Was heißt eigentlich Öffentlich?

Öffentliche Kunden befinden sich in einem dynamischen Entwicklungsprozess. Ob Kommunen, Stiftungen, Kirchen oder Krankenhäuser. Themen wie Liberalisierung der Märkte, Kostensenkungen oder Privatisierung rücken immer mehr in den Vordergrund.

Die Anforderungen steigen. Ob komplexe Zahlungsvorkläarung, professionelle Anlageformen oder die Strukturierung von Finanzierungen. Mit unserem Know-How begleiten wir Sie umfassend. Präsenz vor Ort und Kenntnis der jeweiligen Landes- und Kommunalgesetze versteht sich. Fordern Sie uns.

HypoVereinsbank

Ein Mitglied der HVB Group

## Difu-Gutachten zu Public Private Partnership:

## Wachsende Zahl von PPP-Projekten in Kommunen

Im Auftrag der PPP Task Force im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen erstellte das Deutsche Institut für Urbanistik eine aktuelle Bestandsaufnahme von PPP-Projekten in Bund, Ländern und Kommunen. Wesentliche kommunale Ergebnisse werden hier auszugsweise vorgestellt.

Mit dem Gutachten liegt erstmals eine umfassende Erhebung von Public Private Partnership-Projekten (PPP-Projekte) in den deutschen Kommunen vor. Durch PPP-Projekte sollen öffentliche Leistungen durch bestimmte Formen der Arbeitsteilung zwischen Kommunen und Privaten mit geringeren Kosten, schneller sowie in besserer Qualität realisiert werden.

### Kein neues Thema

Die aktuelle Studie belegt, dass Infrastrukturprojekte in öffentlich privater Partnerschaft in Städten, Gemeinden und Kreisen immer häufiger als Alternative zur rein kommunalen Eigenerstellung gesehen werden. In fast einem Viertel (23 Prozent) der antwortenden 1.203 Kommunen gibt es inzwischen aktuelle PPP-Projekte (Start ab dem Jahr 2000) oder konkrete Projektabsichten. In diesen Kommunen lassen sich mehr als 160 PPP-Projekte im engeren Sinn (i.e.S.) identifizieren, also Projekte, die mehrere Phasen des „Lebenszyklus“ - Planung, Bau, Betrieb, Finanzierung, Verwertung - umfassen. Hochrechnungen lassen vermuten, dass auf kommunaler Ebene insgesamt mindestens 240 aktuelle PPP-Projekte i.e.S. in der Umsetzung oder Planung sind. PPP ist in den Kommunen aber kein neues Thema: knapp fünf Prozent nannten auch Projekte, die bereits im Zeitraum zwischen 1990 und 2000 begonnen wurden.

### Anstieg der Investitionen

Analog zur Zahl der Projekte ist bei den Kommunen ein nahezu stetiger Anstieg der Investitionen in PPP-Projekten zu verzeichnen. Hochgerechnet auf alle Kommunen beträgt die Gesamtsumme der Investitionskosten der aktuellen kommunalen PPP-Projekte drei Milliarden Euro. Die durchschnittliche Investitionssumme der Projekte auf kommunaler Ebene beträgt 13 bis 16 Millionen Euro je Projekt - auch hier wieder abhängig von der engen oder weiteren Abgrenzung von PPP.

Trotz der wachsenden Verbreitung von PPP-Projekten sind die darin getätigten Investitionen im Vergleich zu den gesamten kommunalen Sachinvestitionen gering. So machen die PPP-Inve-

stitutionen im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2005 zwei bis drei Prozent der Summe der Sachinvestitionen aus. Die Tendenz ist steigend, so dass aktuell mit etwa fünf Prozent gerechnet werden kann.

### Effizienzsteigerungen

Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der Zahl der PPP-Projekte sind die Erwartungen an PPP hinsichtlich Effizienzsteigerungen. In den Kommunen, die dies als Hauptargument für die Durchführung von PPP-Projekten angeben, werden diese Erwartungen meist erfüllt. Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass es sich hierbei nur um Projekte handelt, bei denen eine vorbereitende Wirtschaftlichkeitsprüfung bereits zu einem positiven Ergebnis geführt hat. Im Durchschnitt werden Effizienzgewinne von zehn Prozent erzielt

### Wirtschaftsbeirat zur Finanzierung der Bundesfernstraßen:

## Straßenbau auf neue Finanzierungsbasis stellen

Der Verkehrsausschuss des Wirtschaftsbeirates Bayern und die CSU-Verkehrskommission haben unter Leitung von Adolf Dinglreiter eine Resolution verfasst mit dem Ziel den Bau von Bundesfernstraßen auf eine neue Finanzierungsbasis zu stellen und zu verstetigen.

Schon in den 90er Jahren fehlten in den Haushaltsansätzen des Bundes pro Jahr rund eine Milliarde DM für den Unterhalt und etwa drei Milliarden DM für den geplanten Ausbau der Bundesfernstraßen. Bayern wollte diese Lücke 1997 mit der Einführung einer Vignette schließen. Das war damals nicht durchsetzbar zum Schaden für die Verkehrsinfrastruktur, wie Dinglreiter sagt.

### Staus nehmen zu Haushaltsansätze werden zurückgefahren

Inzwischen hat sich die Situation noch verschärft. Der Verkehr ist weiter gewachsen. Die Engpässe und die Staus nehmen zu. Die zunehmende Arbeitsleistung der Wirtschaft und der damit verbundene starke inneruropäische Warenaustausch, insbesondere auch durch die EU-Osterweiterung, lassen für die Zukunft weitere, überproportionale Steigerungsraten erwarten.

Trotz dieser Entwicklung sieht die mittelfristige Finanzplanung des BMVBW fallende Haushaltsansätze vor und dies, obwohl der Verkehr durch die Ökosteuern und die LKW-Maut zusätzlich belastet wurde. Das kann so nicht weitergehen, weil sonst die Verkehrsinfrastruktur zunehmend verfällt (Instandhaltungskrise) und der Ausbau erheblich hinter den dringenden Erfordernissen zurückbleibt. Der Standortfaktor „Verkehrsinfrastruktur“ wird dann schon in wenigen Jahren in weiten Teilen unseres Landes zu einem Hemmschuh der wirtschaftlichen Entwicklung. Soweit darf es nicht kommen.

Die künftige Bundesregierung wird daher aufgefordert, das Konzept der Kommission Verkehrsinfrastrukturfinanzierung vom 5.9.2000 im Grundsatz baldmöglichst umzusetzen. Die Hauptkomponenten der Kommissionsempfehlung sind:

1 Schrittweise Umstellung von der Haushaltsfinanzierung auf eine Nutzerfinanzierung.

- und dies unter Zugrundelegung einer realistischen Berechnungsmethode, die Zins- und Zinseszinsseffekte zukünftiger Zahlungsströme berücksichtigt.

Die Bereiche, in denen PPP in den Kommunen heute bereits eine größere Rolle spielen - Schulen, Sport, Touristik, Freizeit, Stadthallen und Verwaltungsgelände - sind auch diejenigen, denen in Zukunft besondere Bedeutung beigemessen wird. Hinzu kommen künftig die Bereiche Kultur, Kinderbetreuung, Stadtentwicklung, Umwelt, Versorgung und auch E-Government.

### Kleinere Gemeinden sind skeptisch

Trotz dieser Zahlen: In rund drei Viertel aller Kommunen gibt es noch keine PPP und auch keine PPP-Projektabsichten. Hierbei handelt es sich vor allem um kleinere Gemeinden. Teilweise werden dafür gute Gründe genannt, teilweise fehlt auch der Bedarf. Oft sind es aber auch fehlende Erfahrung oder fehlende Mittel zur Anschubfinanzierung.

und die dazu führen, dass PPP nicht zustande kommen. In vielen Großstädten dagegen steht PPP inzwischen auf der Tagesordnung; mehr als jede zweite Großstadt setzt bereits einzelne Vorhaben in öffentlich-privater Partnerschaft um.

### Zunahme

Wenn die Kommunen PPP-Projekte für sinnvoll erachten und durchführen - sieben von acht auf kommunaler Ebene beschlossene Projekte werden auch realisiert - dann erfüllen sie auch meist die in sie gesetzten Erwartungen. In Einzelfällen gibt es jedoch auch Projekte, die zu unbefriedigenden Ergebnissen führen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Auch wenn PPP in den Kommunen heute noch begrenzt Verbreitung finden, werden sie in Zukunft vermutlich noch häufiger zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge umgesetzt. Aus den Erfahrungen guter wie schlechter Modelle wird dafür zu lernen sein.

Die Ergebnisse gehen aus einer aktuellen Bestandsaufnahme von PPP-Projekten in Bund, Ländern und Kommunen hervor, die im Mai 2005 erstellt wurde. Darin werden unter anderem Aussagen zur Verbreitung, zu Projekttypen, Investitionen, Hemmnissen und Erfolgseinschätzungen gemacht. Nicht berücksichtigt in den Zahlen sind so genannte institutionelle PPP, also etwa Unternehmen mit öffentlichen und privaten Gesellschaftern mit Daueraufgaben, wie z.B. Stadtwere, sowie PPP-Projekte im Bereich Ver- und Entsorgung. Diese Formen von PPP wurden nicht erfasst.

Weitere Informationen unter: [www.difu.de](http://www.difu.de)



Anregungen für die Arbeit in China: Staatssekretär Franz Meyer (3. v. l.) mit einer hochrangigen Delegation aus China.

### Staatssekretär Franz Meyer:

## Komplexe Materie des Länderfinanzausgleichs

„Das System der Finanzierung von Bund und Ländern in Deutschland ist sehr komplex. Die Verteilung des Finanzaufkommens erfolgt in aufeinander aufbauenden Stufen. Ich freue mich, dass Sie sich auch in Bayern über diese schwierige Materie informieren und hoffe, dass Sie für Ihre Arbeit im fernen China Anregungen mitnehmen können!“ - Mit diesen Worten begrüßte Finanzstaatssekretär Franz Meyer eine hochrangige Delegation der Volksrepublik China unter Leitung von Yao Sheng, dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Haushaltskommission des Nationalen Volkskongresses (NVK), im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen in München.

Die Delegation informierte

sich auf Einladung der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH im Rahmen des Projektes „Beratung der Haushaltskommission (BAC) des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses“ in Berlin und München unter anderem über das deutsche System der Ausgleichszahlungen im Länderfinanzausgleich aus Sicht eines Geber- und Flächenlandes sowie über den Finanzausgleich aus Sicht der Städte und Gemeinden.

Im Anschluss an den Aufenthalt in Deutschland fuhr die Delegation weiter nach Wien, um sich dort unter anderem über den österreichischen Finanzausgleich aus Sicht des Nationalrates zu unterrichten.

Hürden gemeinsam meistern.  
Zinslasten senken – Marktchancen nutzen

Machen Sie Ihr Finanzmanagement zum Chancenmanagement: Die erfahrenen Spezialisten der Deutschen Bank bieten moderne Finanzinstrumente an, die zielgenau und praxisorientiert auf Kommunen, kommunale Betriebe und Unternehmen zugeschnitten sind. Ihre Chancen: Zinsaufwand senken, Verpflichtungen schneller abbauen und neue Spielräume für Investitionen schaffen.

Mehr dazu erfahren Sie im Internet oder direkt von Ihrem Ansprechpartner Hans-Jürgen Gerlich, Tel.: 0 89-23 90 22 00, E-Mail: [hans-juergen-ge.gerlich@db.com](mailto:hans-juergen-ge.gerlich@db.com)  
[www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor](http://www.deutsche-bank.de/oeffentlicher-sektor)

Leistung aus Leidenschaft. Deutsche Bank

Immobilie geleast  
... In Zukunft investiert  
... Ihr Partner: SüdLeasing.



SüdLeasing GmbH - Augustinstraße 33  
69102 Mannheim - Telefon: (06 21) 426-3790  
Telefax: (06 21) 426-2724 - [www.suedleasing.de](http://www.suedleasing.de)  
Ein Unternehmen der Landesbank Baden-Württemberg  
Mannheim - Stuttgart

## Wunschbarometer 2005 - Bayern:

## Die größten Wünsche der Bayern

Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband legt erstmals das Wunschbarometer vor. Dabei handelt es sich um eine Einzelstudie, die das traditionelle Vermögensbarometer ergänzt.

Im Mittelpunkt des Wunschbarometers stehen zwei Fragen: 1. Welche materiellen und ideellen Wünsche haben die Bundesbürger?

2. Wie gehen sie vor, um diese Wünsche zu realisieren?

Für Bayern hat die Sparkassen-Finanzgruppe die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst, die die Wunsch-Analyse im Freistaat ergeben hat.

Auf der Wunschliste der Haushalte in Bayern stehen Anschaffungen besonders weit oben: 18 Prozent träumen davon, vier Prozentpunkte mehr als deutschlandweit. Vor allem der Kauf eines Eigenheims (sieben Prozent) und eines neuen Autos (neun Prozent) ist für deutlich mehr Bürger in Bayern der größte Wunsch als in anderen Regionen.

Andererseits spielt die Gesundheit eine etwas geringere Rolle im Freistaat. Zwar nennt ein Drittel (34 Prozent) der Bayern den Erhalt des körperlichen Wohls als wichtigstes Ziel. Dies sind jedoch gut fünf Prozentpunkte weniger als bundesweit.

## Attraktive Sparziele: Altersvorsorge und Beruf

Als „attraktive“ Sparziele gelten in Bayern vor allem langfristige Wünsche, die der finanziellen Absicherung des Lebens dienen. Sieben von acht Befragte (88 Prozent) sehen die Altersvorsorge als wichtiges Ziel, drei Prozentpunkte mehr als in Gesamtdeutschland. Auf Ausbil-

dung und Beruf setzen 83 Prozent - auch dies ist ein deutliches Plus zum Bundesmittel (78 Prozent).

Daneben sind für die Verbraucher in Bayern Anschaffungen aller Art „attraktiv“: 65 Prozent finden ein neues Auto wünschenswert - deutschlandweit sind es lediglich 59 Prozent. Auch bei Unterhaltungselektronik und bei den eigenen vier Wänden schneiden die Bürger zwischen Rhön und Bayerischen Alpen mit relativ hohen Werten ab.

## Weniger wichtig: Urlaubsreise und Ferienhaus

Vergleichsweise zurückhaltend sind sie dagegen bei Wünschen, die die schönsten Wochen des Jahres betreffen. Von einer Urlaubsreise träumen zwar 60 Prozent. Dies ist aber der mit Abstand niedrigste Wert in ganz Deutschland. Während sich bundesweit 68 Prozent an einem ferneren Ort im In- oder Ausland erholen möchten, sind die Bayern offenbar relativ heimaterverbunden: Zuhause, so die Meinung einer relativ großen Gruppe, ist es auch schön. Der Spruch „wir leben dort, wo andere Urlaub machen“, scheint im Bewusstsein der Bevölkerung fest verankert zu sein.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass nur 16 Prozent der Bayern ein Ferienhaus „attraktiv“ finden. Dagegen sind beispielsweise 26 Prozent der Schleswig-Holsteiner dieser Meinung.

## Wünsche und Sparverhalten

Die Haushalte in Bayern verwirklichen ihre Träume besonders gern, indem sie mit Wertpapieren sparen und Vermögen bilden. Sie setzen beispielsweise überdurchschnittlich oft Aktien (18 Prozent) und Fonds (24 Prozent) ein. Bei Anleihen halten sie mit einem Wert von 24 Prozent gut zehn Prozentpunkte mehr als im Bundesmittel - sogar den deutschen Rekord. Und auch das klassische Sparbuch nutzen mit fast drei Viertel der Befragten mehr Menschen als im Durchschnitt der Bundesrepublik.

## Bei ihren Wünschen sind die Bayern ungeduldig

Auf die Erfüllung ihres größten Wunsches wollen die Bayern allerdings nur ungenau lange warten. Zwar erklären 23 Prozent, dass sie sich länger als sechs Jahre gedulden könnten. Aber gut 31 Prozent glauben, „gar nicht“

bis zur Erfüllung ihres größten Traums abwarten zu können. Nur in Berlin ist diese Fraktion der Ungeduldrigen noch etwas größer.

## Die Bayern üben Verzicht

Die Verbraucher im Südosten tun sich relativ leicht damit, auf anderes zu verzichten, um sich einen großen Wunsch erfüllen zu können. Dies erklären - ein Spitzenwert in Deutschland - 86 Prozent der Befragten. Daneben trennen sich 36 Prozent von anderen Dingen, um Geld für einen Traum zu sammeln: Sie verkaufen Überflüssiges. Auch dies ist deutschlandweit ein hoher Wert: bundesweit verfolgen nur knapp 32 Prozent der Verbraucher diese Strategie.

Schulden sind in Bayern dagegen so eine Sache: Zwar sind relativ viele Verbraucher offen für einen Bankkredit (27 Prozent) oder das Überziehen des Kontos (20 Prozent). Bei anderen Darlehen - etwa bei Ratenkrediten oder beim Geldleihen von einem Verwandten - sind sie jedoch deutlich zurückhaltender als ihre Landsleute in anderen Bundesländern.

## Wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden in Hessen:

## Hohe Hürden für Kommunalbetriebe

## Zunehmende Klagen aus der Wirtschaft

Eine weit reichende Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HessGO) trat am 1. Mai 2005 in Kraft, deren grundlegende Neuerungen auch die Diskussion in anderen Ländern beeinflussen könnte. Ein Beispiel dafür sind die neuen Regelungen über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden, die jetzt privaten Anbietern absolute Vorfahrt geben.

Der neue § 121 HessGO lautet: „Eine Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn 1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt, 2. die Betäti-

gung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und 3. der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann“. Anders als im ansonsten gleich lautenden Art. 87 Abs. 1 Nr. 4 der Bayerischen Gemeindeordnung (BayGO) ist bei der hessischen Regelung das Feld der kommunalen Daseinsvorsorge von der Subsidiaritätsprüfung nicht ausgenommen. Die Regel der Nr. 3 der HessGO ist für die Zukunft, bestehende kommunale Betriebe haben Bestandsschutz.

## Privatwirtschaft schützen

Die Gesetzesbegründung führt dazu aus: „Durch die Schaffung einer echten Subsidiaritätsklausel in Nr. 3 sollen die Gemeinden vor überflüssigen wirtschaftlichen Risiken bewahrt und die Privatwirtschaft vor einer Beeinträchtigung ihrer berechtigten Interessen geschützt werden“. Nach dem Willen des hessischen Gesetzgebers soll die Neuregelung auch echte Drittschutzwirkung für private Anbieter entfalten, d.h. private Anbieter, die sich durch die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde benachteiligt fühlen, können sich vor Gericht auf die geforderte Subsidiarität berufen. Die Gesetzesbegründung nimmt allerdings Betriebe mit besonderer sozialer Zielsetzung wie Beschäftigungsgesellschaften oder Behinderteneinrichtungen weitgehend aus.

## Wirtschaftliche Betätigung rechtfertigen

Weitreichender als die Privatisierungsregelung des Art. 61 Abs. 2 Satz 2 BayGO ist auch § 121 Abs. 7 HessGO, wonach die Gemeinden zwischenzeitlich in jeder Wahlperiode überprüfen müssen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung insgesamt zu rechtfertigen ist und inwieweit Tätigkeiten privaten Dritten übertragen werden können.

Hohe Hürden errichtet Hessen auch für die Gründung kommunaler Betriebe: Nach §

## Sparkassen-Finanzgruppe berät auf der Kommunale in Nürnberg

München - Unter dem Motto „Lösungen für Ihre Projekte“ präsentieren sich die BayernLB und der Sparkassenverband Bayern auf einem Gemeinschaftsstand.

Auf der diesjährigen KOMMUNALE 2005, die am 19. und 20. Oktober 2005 im Messezentrum Nürnberg stattfindet, ist die Sparkassen-Finanzgruppe Bayern als Finanzpartner der bayerischen Kommunen wieder mit einem Messestand vertreten. Die BayernLB und ihre Tochterfirmen bieten im Verbund mit den bayerischen Sparkassen umfassende und maßgeschneiderte Lösungen für kommunale Investitionen. Unter dem Motto „Lösungen für Ihre Projekte“ informieren erfahrene Mitarbeiter über die umfangreichen Angebote und Dienstleistungen der Sparkassen-Finanzgruppe für Kommunen.

Das Leistungsspektrum umfasst Produkte rund um kommunale Grundstücke und Immobilien, Finanzierungslösungen und kommunales Finanz- und Vermögensmanagement. Durch ein konsequentes Immobilienmanagement können Kommunen Kostensenkungen- und Effizienzsteigerungspotenziale realisieren. Zu diesem Thema stehen Spezialisten der Real I.S. AG auf dem Gemeinschaftsstand von BayernLB und Sparkassenverband Bayern zur Verfügung und informieren auch zum Immobilien-Benchmarking-Projekt der Real I.S. für Kommunen.

Weitere Vertreter auf dem Gemeinschaftsstand sind die BayernGrund GmbH, die u.a. zur Erschließungsträgerschaft nach §124 BauGB informiert und die LBS, die zum kommunalen Bausparvertrag berät. Der Verband öffentlicher Banken Deutschland (VÖB) stellt am Stand die Kreditmanagement-Software „KommInform“ für Kommunen vor.

bänden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Hessen reagiert mit dieser über die bayerische Rechtslage noch hinausgehenden Neuregelung auf zunehmende Klagen aus dem Bereich der privaten Wirtschaft über angeblich unfairere Konkurrenz durch kommunale Unternehmen. Auch das europäische Gemeinschaftsrecht sieht die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen kritisch, wie sich etwa an der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes in Vergabefällen zeigt. Man darf auf die weitere Entwicklung in der praktischen Umsetzung der Norm bei unserem nördlichen Nachbarn gespannt sein. mpa

## Bundeskongress des Vereins Credit Management:

## Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft

„Kleine und mittlere Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie erwirtschaften die Hälfte der steuerpflichtigen Umsätze, beschäftigen rund 70 Prozent der arbeitenden Bevölkerung und bilden nahezu 80 Prozent aller Lehrlinge aus. Deshalb ist es notwendig, den Mittelstand durch flankierende Maßnahmen zu unterstützen, um die Wirtschaft wieder spürbar anzukurbeln“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Meyer als Vertreter der Bayerischen Staatsregierung beim Bundeskongress des Vereins für Credit Management e. V. in München fest.

Fortschritte für mehr Wirtschaftswachstum könnten nach den Worten Meyers nur erzielt werden, wenn die öffentlichen Haushalte konsolidiert, der Bereich der Sozialpolitik ausgebaut. Damit sei Deutschland unter den wichtigsten Industrieländern „Weltmeister“. Gleichzeitig investiere die öffentliche Hand nur noch 1,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Zukunft des Landes. Die Erfahrung und der internationale Vergleich lehrten jedoch eindeutig, dass nur solide Staatsfinanzen die dauerhafte Grundlage für Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand seien.

## Dreiklang: Sparen - Reformieren - Investieren

Die Gesundung der öffentlichen Finanzen sei nur durch einen Dreiklang von Maßnahmen zu erreichen: Sparen - Reformieren - Investieren. Dazu gehörten eine strikte Ausgaben Disziplin, durchgreifende Struktur reformen sowie mutige und von Weit-sichtige Umschichtungen von konsumtiven Ausgaben hin zu Investitionen, Forschung, Bildung und Innovationen. Dieser Weg sei mühsam, un bequem und nur unter Kraftanstrengung aller zu bewältigen. „Dass er aber erfolgreich beschritten werden kann und nicht bloße Illusionen ist, haben wir in Bayern bewiesen. Bayern erreicht im Jahr 2006 das Ziel des Haushalts ohne Neuverschuldung aus eigener Kraft. Das ist einzigartig in Deutschland“, betonte Meyer. r



Staatssekretär Franz Meyer.

beitsmarkt dereguliert sowie die Rahmenbedingungen für Unternehmen verbessert werden. Vor allem die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sei vordringlich. So habe allein der Bund zwischen 1998 und 2004 ohne Sondereffekte rund 170 Milliarden Euro zusätzliche Schulden aufgenommen. Bedauerlich sei dabei zudem, dass die Schulden kaum für Investitionen in die Zukunft aufgenommen worden seien.

Stattdessen werde in Deutschland aktuell etwa 35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Be-



## Investieren Sie mit einem Plus an Sicherheit InstitutionalBalance-Plus

Der InstitutionalBalance-Plus ist ein Mischfonds für institutionelle Anleger sowie speziell auch für Kommunen, die einerseits besonderes Augenmerk auf die Faktoren Sicherheit, Rentabilität und Liquidität legen und die andererseits bei der Kapitalanlage besonderen gesetzlichen Restriktionen unterliegen.

Auf Basis einer dynamischen Wertsicherungsstrategie begrenzen wir das Risiko nach unten. So sind Sie gegen einschneidende Wertverluste gefeit und Ihre Vermögenssubstanz bleibt erhalten. Gleichzeitig partizipieren Sie über Aktienanlagen an den Chancen nach oben. So erzielen Sie bei kontrolliertem Risiko stabile und angemessene Erträge, um Ihren kommunalen Aufgaben gerecht werden zu können. Fordern Sie unser Informationsmaterial an.

Union Investment Institutional GmbH  
Telefon: (069) 2567-2865  
Telefax: (069) 2567-1616  
www.union-investment.de/institutional  
institutional@union-investment.de





Fa. Emter GmbH in Altenstadt:

## Starker Partner der Kommunen

Im Zeichen der Umwelt: Moderne Klärschlammbehandlungsanlage in Planung

Die Entsorgung von Klärschlamm ist eine notwendige Pflicht, die aufgrund der Vorgaben des Gesetzgebers zwangsläufig durchgeführt werden muss und hohe Kosten verursacht. Die neue Europäische Abfallentsorgungsrichtlinie verschärft die bestehenden Gesetze zusätzlich. Sie verbietet die Ablagerung von Materialien mit einem organischen Kohlenstoffgehalt (TOC) von über 5 Prozent. Für Schlämme aus kommunalen oder industriellen Kläranlagen, die üblicherweise einen Organikanteil von 50 bis 60 Prozent aufweisen, bedeutet dies ohne weitere thermische Behandlung ein Deponieverbot sowie eine starke Einschränkung der landwirtschaftlichen Ausbringung.

Um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden, benötigen die Kommunen einen starken Partner, der ihnen innovative Klärschlammbehandlungssysteme zur Verfügung stellt. Die Emter GmbH ist ein solcher kraftvoller Partner.

### Verwertung seit 20 Jahren

Seit 1985 bietet das Unternehmen mit Sitz in Altenstadt, Landkreis Weilheim-Schongau, für zahlreiche kommunale und gewerbliche Kunden nachhaltige und umweltfreundliche Verwertung von Klärschlämmen und Gärresten zu günstigen Konditionen an. Die große (Bio-) Energieausbeute aus Lebensmittelvesorgung ermöglicht nunmehr den Aufbau einer modernen und umweltfreundlichen Klärschlammbehandlungsanlage. Emter plant diese neue Anlage, die im Sommer 2006 fertig gestellt sein soll, im Rahmen eines sog. Standortverbesserungskonzepts. Mit den Erdarbeiten wurde bereits begonnen.

### 400 Kommunen

Bislang entsorgt die Firma Emter insbesondere den Klärschlamm der umliegenden kom-

munalen Kläranlagen in der Landwirtschaft im Westen Deutschlands, in der Kompostierung sowie im Deponiebau im Osten der Republik. Für gut 400 Kommunen werden pro Jahr rund 110.000 Tonnen Klärschlämme mit einem durchschnittlichen Trockensubstanz (TS)-Gehalt von 25 Prozent entsorgt.

### Ständige Kontrolle

Sorgfältig und exakt handelt das Unternehmen dabei nach den Vorschriften der Klärschlammverordnung vom April 1992. Zur Sicherheit seiner Kunden unterliegt diese Arbeit der ständigen Kontrolle durch die Landrats- und Landwirtschaftsämter. Die Altenstädter Firma verwendet nur Klärschlamm aus Kommunen mit ausschließlicher ländlicher Infrastruktur. Diese Schlämme liegen meist weit unter den gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerten, die für die landwirtschaftliche Verwertung von Klärschlamm vom Gesetzgeber vorgeschrieben sind.

### Stoffliche Verwertung

In Altenstadt unterhält die

Firma Emter auch ein Zwischenlager von 5.000 Tonnen Klärschlamm, um Ausbringungsverbote zu überbrücken. Über eine Biogasanlage betreibt das Unternehmen seit 2001 zudem die stoffliche Verwertung biogener Abfälle wie Speisereste und überlagerte Lebensmittel mit einer Menge von rund 35.000 Tonnen pro Jahr.

### Neue Wege

Der mittelständische Betrieb mit künftig rund 40 Beschäftigten kann laut Firmenchef Johann Emter nur erfolgreich bestehen, wenn er andere, neue Verwertungswege beschreitet, um dann auch mit großen Konzernen konkurrieren zu können.

Die Planung des neuen Projekts ist denn auch auf verschiedene Synergieeffekte aufgebaut: Die Abwärme des Biomasseheizkraftwerks wird in einem Durchlaufkastentrockner genutzt, um Klärschlamm und das Gärsubstrat zu trocknen und somit einen Ersatzbrennstoff herzustellen. Ein weiterer Trommelrockner wird installiert, um nur Klärschlamm zu trocknen.

Die Wärme wird über einen Wärmetauscher mit Thermoöl über einen Zyklonofen abgenommen. Der Ersatzbrennstoff wird auf etwa 90 Prozent getrocknet, um einen Brennwert wie bei Braunkohle zu erreichen. Bei 900 Grad wird der Klärschlamm im Zyklonofen thermisch verwertet. Die Wärmerückgewinnung reicht aus, um rund 120.000 Tonnen Klärschlamm und Gärsubstrat zu verbrennen.

### Gestiegene Nachfrage

Aus der Verbrennung bleiben rund 8000 Tonnen Asche als Rückstand übrig. Die Emter GmbH steht Johann Emter zufolge mit einer österreichischen Firma in Kontakt, die aus der Monoasche von Klärschlamm Phosphat herstellt, das dann als Dünger wieder in den ökologischen Kreislauf geleitet wird.

Seit bekannt ist, dass „normaler“ Phosphatdünger einen bemerkenswerten Anteil an Uran enthält, das nicht nur radioaktiv strahlt, sondern auch hochgiftig ist, steigt die Nachfrage nach

Bio-Phosphatdünger erheblich. Denn dadurch werden die Böden nicht zusätzlich mit dem gefährlichen Schwermetall angereichert.

Für die thermische Verwertung in der geplanten Anlage wird keinerlei fossiler Brennstoff benötigt. Die Verwertung der Klärschlämme und Speisereste erfolgt umweltfreundlich, energiesparend und ökologisch. Auch der wirtschaftliche Aspekt ist für beide Seiten - Verursacher und Entsorger - gegeben.

### Einsatzstoffe

In der geplanten Anlage sollen folgende Einsatzstoffe umweltfreundlich entsorgt werden: 1 ca. 50.000 Jahrestonnen kommunale und industrielle Klärschlämme gemäß der Klärschlammverordnung mit einem Trockensubstanzgehalt von etwa 25 Prozent

1 ca. 20.000 Jahrestonnen solargetrocknete Klärschlämme gemäß der Klärschlammverordnung mit einem Trockensubstanzgehalt von etwa 55 Prozent

1 ca. 30.000 Jahrestonnen flüssige Gärreste aus der unmittelbar benachbarten Biogasanlage mit einem Trockensubstanzgehalt von etwa 3 Prozent

1 ca. 20.000 Jahrestonnen Dünn-

schlamm aus der zur Klärschlammverbrennungsanlage gehörenden, geplanten Abwasserreinigungsanlage mit einem Trockensubstanzgehalt von etwa 2,5 Prozent.

### Geruchsproblem beseitigt

Das in der Vergangenheit zeitweise aufgetretene Geruchsproblem des Standortes, hervorgerufen durch die Ausbringung des flüssigen Gärrestes, wird im Umfeld der Anlage durch die künftige Verbrennung dieses Materials nach der Trocknung beseitigt. Um die Entstehung neuer Gerüche aus der Klärschlamm-trocknungs- und -verbrennungsanlage zu verhindern, werden alle geruchsbeladenen Luftmassen abgesaugt und einem leistungsfähigen Biofilter zugeführt. An die Verbrennungsanlage wird eine Kläranlage für das Abwasser angeschlossen.

Mögliche Geruchsemissionen dieser Anlage wurden von der PRO-Entec east GmbH untersucht. Zusammenfassend geht das Gutachten davon aus, dass die Kläranlage nur minimale Beiträge zur Gesamtemission der Klärschlammverbrennungsanlage leistet. DK



Firmenchef Johann Emter.

## Aus der Abfalltonne in den Autotank

„waste to energy“ informiert über Kraftstoff aus Abfall und Biomasse

Die gestiegenen Strom- und Kraftstoffpreise der vergangenen Monate zwingen vor allem Unternehmen mit hohem Energieverbrauch oder eigenem Fuhrpark zum Umdenken. Der Rohstoff Abfall kann eine Lösung für den preiswerten und gleichzeitig umweltfreundlichen Nachschub für Kraftwerke und Fahrzeuge sein. Auf der zweiten internationalen Fachmesse und Konferenz für Energie aus Abfall und Biomasse „waste to energy“ am 7. und 8. Dezember 2005 in der Messe Bremen zeigen Aussteller Technologien, mit denen Reststoffe aus Haushalt, Gewerbe und Industrie nutzbar gemacht werden können.

„Bei der Erzeugung von Kraftstoffen aus Abfall handelt es sich um Energierückgewinnung und die Schaffung eines neuen Produktes gleichzeitig“, erklärt Professor Gottfried Paffrath von der Fachhochschule Darmstadt, waste-to-energy-Experte und wissenschaftlicher Leiter der Bremer Konferenz. „Mit der Verwertung des Rohstoffs Abfall, der uns in großen Mengen kostengünstig zur Verfügung steht, findet somit auch eine Wertschöpfung statt: ein vermarktbares Produkt entsteht.“

Das südkoreanische Unternehmen EOS System, das gerade eine Niederlassung in Deutschland eröffnet, beschäftigt sich mit der Produktion von Diesel aus Kunststoffabfällen. Das patentierte Verfahren setzt auf die so genannte Pyrolyse, ein Prozess, der auch als Entgasung bezeichnet wird. Kohlenstoffhaltige Verbindungen wie Abfälle werden unter Ausschluss von Sauerstoff bei Temperaturen zwischen 500 und 900 Grad Celsius zersetzt. In dem von EOS System entwickelten Verfahren wird mittels Pyrolyse gasförmiger Kraftstoff aus Kunststoffresten erzeugt, der anschließend abgekühlt und zu

Diesel raffiniert wird. Zehn Prozent dieses Kraftstoffs, der sich für die Fahrzeugbetankung eignet, sind nach Aussage des Unternehmens ausreichend, um den Zersetzungsprozess zu betreiben. Das Besondere bei dem Verfahren ist eine Förderschlecke, die durch den geregelten Fluss der Abfälle für höhere Sicherheit und gesteigerte Verarbeitungskapazität sorgt. Dadurch kann das System 24 Stunden ohne Unterbrechung laufen.

Neben EOS System stellen weitere Firmen Verfahren zur Herstellung von Fahrzeugkraftstoff aus Abfällen auf der „waste to energy“ vor. Darüber hinaus beschäftigen sich die mehr als 90 Aussteller mit der thermischen Verwertung in Müllheizkraftwerken, der Aufbereitung von Ersatzbrennstoffen, die in energieintensiven Branchen wie der Zementindustrie fossile Ressourcen wie Kohle ersetzen, und mit der Produktion von Biogas. Das Konferenzprogramm umfasst mehr als 80 Beiträge zu Marktsituation, Rechtssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Anlagen- und Verfahrenstechnik und über 20 Posterbeiträge zu aktuellen Forschungsthemen. r

## Bayern bei Abfalltrennung „Deutscher Meister“

Müllgebühren mehr als zehn Prozent günstiger als der Bundesdurchschnitt

Bayern ist beim Trennen von Abfällen „Deutscher Meister“. Dies erklärte Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf in Hof anlässlich des 25-jährigen Bestehens des Abfallzweckverbandes „Schnappauf“. „Bayerns Bürger trennen ihren Abfall vorbildlich. Ein flächendeckendes Netz von 1.763 Wertstoffhöfen und 18.000 Containerstandorte sowie eine funktionierende kommunale und mittelständische Entsorgung sorgen für den Erfolg der Abfall-Trennung.“

Bayern hat Schnappauf zufolge durch die getrennte Sammlung von Abfällen die Restmüllmenge in den letzten Jahren von 4,9 Millionen Tonnen auf 2,4 Millionen Tonnen halbiert, die Wertstoffmenge pro Einwohner seit 1990 hingegen von 116 Kilogramm auf 322 Kilogramm nahezu verdreifacht.

Durch das bayerische Erfolgsmodell sind die Müllgebühren bereits seit fünf Jahren insgesamt weitgehend gleich geblieben und mehr als 10 Prozent günstiger als der Bundesdurchschnitt, was gerade in Zeiten schwacher Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit für den Bürger besonders wichtig ist, erläutert Schnappauf.

Die Müllgebühren können nach den Worten des Ministers stellenweise sogar noch nachgeben. Denn die Konkurrenz der Mitbewerber um den Grünen Punkt belebt das Geschäft: Bayern hat als eines der ersten Länder bereits im Dezember 2004 mit den Firmen Intereroh und Landbell neben der DSD zwei Mitbewerber um den „Grünen

Punkt“ zugelassen. Derzeit zähle eine vierköpfige Familie in Bayern mit 168 Euro jährlich 22 Euro weniger als im Bundesdurchschnitt, so Schnappauf weiter.

### Rentable Abfallkonzepte im Fokus

In der derzeit geführten bundesweiten Diskussion um die Zukunft der getrennten Erfassungssysteme erklärte der Minister, dass Bayern offen ist für Innovationen. Schnappauf: „Bayern ist allen neuen rentablen Abfallkonzepten aufgeschlossen. Ein neues System muss allerdings erst den Nachweis erbringen, dass es ökologisch wie ökonomisch eindeutig besser ist und flächendeckend zur Verfügung steht.“

Dieser Nachweis stehe derzeit bei den diskutierten Systemen noch aus. „Im übrigen gehen auch die genannten Versuche davon aus, dass Glas, Bioabfall und Papier weiterhin getrennt gesammelt werden,“ so der Minister. r

Beim 2. x einfach schlechter.

Beim 2. x genauso gut.

In Kunststofffenstern steckt PVC. Ein Werkstoff mit hervorragenden Materialeigenschaften wie Langlebigkeit oder Witterungsbeständigkeit. Und mit einer positiven Ökobilanz. Denn Kunststofffenster können wiederverwertet werden. Beim Recyceln wird sortenreines PVC zurückgewonnen und der Profil-Produktion erneut zugeführt. Deshalb gehören Kunststofffenster auch nicht auf die Deponie.

www.rewindo.de/infoline: 0228. 62128 30

**Rewindo**  
Fenster-Recycling-Service

## UnimogGebrauchtCenter

Tel. 0911/3160-548 • Fax 0911/3160-550

Ständig über 100 gebrauchte Unimog und Geräte am Lager!

90411 Nürnberg • Neumeyerstraße 7-11

www.henne-ugc.de



# Kommunale Verantwortung für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Von Jörg Schuchardt, aquaKomm GmbH & Co KG

Die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung ist in Deutschland eine Pflichtaufgabe der Kommunen. Bundesweit werden große Anstrengungen unternommen, diese Auffassung auch in die Überlegungen für europäische Regelungen einzubringen und dort zu verankern.

Als Schlüssel zur Überzeugung der Verantwortlichen auf europäischer Ebene gilt nach allgemeiner Auffassung unter anderem der Nachweis der Effizienz. Das heißt, die Abläufe einer Wasserversorgung, aber auch der Abwasserentsorgung so zu gestalten, dass sie für das Unternehmen oder die dafür Verantwortlichen transparent und nachvollziehbar werden. Nur über eine prozessorientierte Betrachtung kann die Wirtschaftlichkeit einzelner Aufgaben nachgewiesen werden.

## Die Weichen gestellt

Viele Versorgungsunternehmen haben die Weichen hierfür bereits gestellt. Als wichtiges Zeichen gilt die Effizienz- und Qualitätsuntersuchung der kommunalen Wasserversorgung in Bayern. Allerdings muss auch festgestellt werden, dass insbesondere kleinere Wasserversorger diese Entwicklung noch im-

mer mit skeptischem Abstand beobachten. Vergleichbares gilt für die Abwasserentsorgung und -behandlung.

## Mehr Kostensicherheit

Warum ist es aber notwendig, die Beobachtungsposition zu verlassen und die längst überfällig gewordene Umsetzung auch im eigenen Bereich aktiv zu betreiben?

Größere Transparenz führt zu mehr Kostensicherheit und eröffnet die Möglichkeit zur wirklichen Kosteneinsparung. Nur wenn die Prozessschritte im einzelnen bekannt sind, können auch Überlegungen zu ihrer Vereinfachung oder Rationalisierung greifen.

## Gesetzgeberische Anforderungen

Die genaue Kenntnis und Übersicht der Abläufe im Wasserwerk garantiert zum einen die

Kalkulation eines Aufwand bezogenen (echten) Wasserpreises sowie andererseits, dass die Anforderungen des Gesetzgebers nach Qualität und Versorgungssicherheit eingehalten werden.

Unabhängig von den rein wirtschaftlichen Überlegungen kommt natürlich dem technischen Zustand von Anlagen und Netzen die größte Bedeutung zu. Leider ist es oft noch die Regel, dass Reparatur- oder Instandsetzungsmaßnahmen nicht systematisch geplant werden.

## Aktionistisches Handeln

Erst dann, wenn wirkliche Probleme auftreten (z. B. bakteriologische Befunde), oder wenn die Rohrnetzverluste Größenordnungen erreicht haben, die nicht mehr zu verantworten sind, wird, dann aber meist aktionistisch, gehandelt.

Voraussetzungen für die Einhaltung der gesetzlichen und technischen Forderungen an öffentliche Ver- und Entsorgungseinrichtungen, insbesondere an die Qualität des Trinkwassers sind

- 1 leistungsfähige Betriebseinrichtungen
- 1 ein ordnungsgemäßer und qualifizierter Betrieb
- 1 eine laufende Qualitätskontrolle und -sicherung.

Anlagen-, Netzerneuerung und Kostendeckung sind die wesentlichen Schlüsselwörter. Damit bietet es sich gerade für Gemeinden mit einer eingeschränkt verfügbaren Fachkapazität an, in regelmäßigen Abständen eine systematische Un-

tersuchung ihrer Ver- oder auch der Entsorgungsanlagen durch Fachleute mit eigener großer Betriebserfahrung durchführen zu lassen.

## Schwachstellenanalyse

Im Ergebnis liegt eine Zustandsübersicht mit einer Schwachstellenanalyse vor. Die erkannten Schwachstellen werden benannt und mit Bürgermeister und Gemeinderat besprochen.

Ihre Kenntnis erlaubt eine rangmäßige Einordnung nach Dringlichkeit und Kostenhöhe für einzelne Maßnahmen. Der Bürgermeister wird die Untersuchungsergebnisse als Planungsinstrument für die Aufstellung des Gemeindehaushalts (Ver-, Entsorgung) nutzen.

Eine Aufwand bezogene Kalkulation von Wasserpreis und Abwassergebühr ist möglich. Maßnahmen mit einem höheren Finanzierungsaufwand können langfristig vorbereitet und umgesetzt werden.

## Finanzierung

Dieser Aspekt gewinnt immer stärker an Bedeutung, da in Zukunft nicht mehr mit Finanzmittelzuweisungen aus der staatlichen bayerischen Wasserwirtschaftsverwaltung gerechnet werden darf. Damit muss die gesamte Finanzierung von Aufwendungen für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung einschließlich aller Erneuerungs- und Sanierungsmaßnahmen vom Kunden getragen werden.

## Potenziale erschließen

Mit dem Nachweis geordneter Verhältnisse und zielgerichteter Maßnahmen ist auch das Problem eines möglichen Organisationsverschuldens beherrschbar. Es lohnt sich darüber hinaus nachzudenken, wo generell Potenziale einer ver-

## Kommunale Verantwortung für die Wasserver- und Abwasserentsorgung wahrnehmen heißt

- 1 Schaffung klarer Kostenstrukturen
- 1 Prüfung der eigenen Effizienz
- 1 Aufbau und Erhalt leistungsfähiger Betriebseinrichtungen
- 1 Personal qualifizieren
- 1 laufende Qualitätssicherung und -kontrolle
- 1 Wasserpreise am tatsächlichen Aufwand orientieren (unter Berücksichtigung einfallender staatlicher Zuschüsse)
- 1 Angebote der Zusammenarbeit suchen.

stärkten Zusammenarbeit erschlossen werden können.

Erbliche Möglichkeiten zur weiteren Verbesserung der Wirtschaftlichkeit liegen in der Zusammenarbeit mit Partnern. Die Aufgabenerledigung reicht von der Organisation des Bereitschaftsdienstes bis hin zur Vergabe von Betriebsführungen

aber auch bei Aufgaben, bei denen es sich nicht um sog. Routineaufgaben handelt. Hierzu zählen beispielsweise

- 1 Fachberatungen für Wasserschutzgebiete, beginnend bei der örtlichen Festlegung bis hin zur Ausweisung der

Schutzgebietsverordnung

- 1 Inspektion von Wassergewinnungs-, Speicher-, Pump- und Netzanlagen
- 1 Planung und Bauüberwachung von Brunnen, Behältern und Anlagen
- 1 gemeinsame Nutzung von Anlagen, Maschinen oder Vorhaltematerialien.

Es ist eine der wesentlichen Aufgaben und Zielsetzungen von aquaKomm, zusammen mit seinen Gesellschaftern zur individuellen Lösung solcher Fragestellungen unter Beibehaltung der kommunalen Eigenständigkeit beizutragen.

## Bestnoten für Bayerns Wasser

Bei der Versorgung mit Trinkwasser stimmen Qualität und Preis, die Zuverlässigkeit der Versorgung erreicht Spitzenwerte

Bayerns Wasserversorgung ist sehr gut, sicher und günstig. „35 Cent weniger pro Kubikmeter als im Bundesdurchschnitt zahlen bayerische Bürger für ihr Wasser“, machte Umweltminister Werner Schnappauf zum Start der Ausstellung H2Over im Siemens-Forum deutlich.

Gute Noten gab es jetzt für Bayerns Wasserversorger auch von Wirtschaftsprüfern. Bei der Versorgung mit Trinkwasser stimmen im Freistaat die Qualität und der Preis, die Zuverlässigkeit der Versorgung erreicht Spitzenwerte. Mit Kooperationen beim Materialeinkauf bis zur gemeinsamen technischen Leitwarte oder der kaufmännischen Betriebsführung sparen die Versorger nachweisbar Kosten, ohne die Qualität zu vermindern. „Solche (Teil-)Privatisierungen zum Kosten sparen sind durchaus schon gängige Praxis und sollen weiter verstärkt werden“, erklärte der Minister. Einer völligen Freigabe des Wassermarktes erteilte Schnappauf erneut eine klare Absage. Aus Kostengründen drohten sonst schlechteres Trinkwasser, weniger Grundwasserschutz, weniger ortsnahere Versorgung oder ein Nachlassen bei Instandhaltung und Netzerneuerung.

## Bewertungskriterien

An der Studie zur „Effizienz- und Qualitätsuntersuchung der kommunalen Wasserversorgung in Bayern (EffWB)“ sind das Bayerische Umweltministerium, das Landesamt für Umwelt, der Verband Bayerischer Gas- und Wasserwerke (VBGW), der Bayerische Städtetag und der Bayerische Gemeindetag als Projektträger beteiligt. Die Untersuchungen wurden von der Nürnberger Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl und Partner durchgeführt. Unabhängige Fachprüfer nahmen die Leistungsfähigkeit der Versorger gründlich unter die Lupe.

Bewertet werden nicht nur wichtige betriebswirtschaftliche Daten, sondern auch die Sicherheit der Versorgung, die Qualität des Trinkwassers und der Schutz der Grundwasserressourcen. Auch die Kundeninformation und der Service gehen mit ein. Rund 2500 kommunale Versorgungsunternehmen mit über 3500 Gewinnungsanlagen versorgen Bayerns Bürgerinnen und Bürger zuverlässig mit sauberem Trinkwasser zu einem vergleichsweise günstigen Preis. Er liegt im Schnitt bei 1,35 Euro pro Kubikmeter.

## Klärschlamm Entsorgung mit Augenmaß angehen

Städtetag lehnt Zwangsausstieg aus landwirtschaftlicher Verwertung ab - Gebührenaustieg wäre unzumutbar

Abgelehnt hat der Bayerische Städtetag einen neuen Vorstoß der Staatsregierung, die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung in Bayern möglichst rasch zu beenden. Der Verband plädiert dafür, das Problem differenziert anzugehen, weil die größeren Städte den Klärschlamm weitgehend verbrennen, während die kleineren Städte und Gemeinden in ländlichen Gebieten nach wie vor auf eine landwirtschaftliche Verwertung angewiesen sind.

In Bayern fallen derzeit jährlich ca. 300.000 Tonnen getrockneter Klärschlamm an. 28 Prozent davon werden als landwirtschaftlicher Dünger verwendet. Der Rest wird etwa zu gleichen Teilen im Landschaftsbau verwertet oder in Kohlekraftwerken bzw. Müllheizwerken verbrannt. Die Staatsregierung hatte bereits im Jahr 2001 beschlossen, die landwirtschaftliche Klärschlammverwertung bis zum Jahr 2005 zu beenden.

## Schnappaufs Vorstoß

Einen erneuten Vorstoß von Umweltminister Dr. Werner Schnappauf von Anfang Juni 2005 zum Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Verwertung haben die kommunalen Spitzenverbände deutlich abgelehnt.

Sie rechneten vor, dass die Bürger/innen vor allem in kleineren Gemeinden mit Gebührenerhöhungen zwischen 28 und 50 Cent pro Kubikmeter Abwasser rechnen müssten. Dem Umweltminister wurde weiter entgegengehalten, dass sein Argument des Verbraucherschutzes nicht überzeugt. Ein bayerischer Alleingang helfe

nämlich nichts, wenn Klärschlämme nach Osteuropa exportiert und die dort produzierten Lebensmittel dann in den deutschen Regalen landen würden.

## Anreizsysteme entwickeln

Eine differenzierte Betrachtung der Klärschlammproblematik mahnte der Ausschuss der kreisangehörigen Städte im Bayerischen Städtetag an: Während die größeren Städte Bayerns in den vergangenen Jahren den Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Verwertung durch alternative Entsorgungswege erfolgreich und mit akzeptablen Mehrkosten vollzogen hätten, sei ein freiwilliger Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Verwertung für die kleineren Städte derzeit politisch nicht machbar.

Für sinnvoll hält es der Städtetag, Anreizsysteme zu entwickeln, um eine weitere Reduzierung der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung auf kommunalverträglichem Wege zu erreichen. Außerdem müsste man verstärkt nach möglichst kostengünstigen alternativen Entsorgungswegen suchen.

Ist Ihre Wasserversorgung zukunftssicher?  
Sind Netze und Anlagen in Ordnung?  
Werden die gesetzlichen Pflichten erfüllt?  
Haben Sie die Kosten im Griff?

Wir beraten und unterstützen Sie

Wasser – unser wichtigstes Lebensmittel

Die kommunale Wasserallianz

aquaKomm

aquaKomm – Dienstleistungen für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

aquaKomm GmbH & Co. KG  
Ensch-Altber-Str. 2, 80287 München, Tel. 089 2361 3320  
info@aquaKomm.de, www.aquaKomm.de

Stefan Mayer BOHRUNGEN



Ihr kompetenter Partner bei  
Horizontalbohrungen

von DN 60 bis DN 1200 - gesteuert und ungesteuert in allen Böden  
Wendelsteinstraße 10 - D-83125 Schechen bei Rosenheim  
Telefon 0 80 39 - 40 98 46 - Fax 0 80 39 - 38 50  
info@mayer-bohrungen.de - www.mayer-bohrungen.de

## Rasch gefunden ist halb beseitigt

Lecks schnell und zuverlässig erkennen mit Siwa Plan Leak von Siemens

Das Lecküberwachungssystem „Siwa Plan Leak“ erkennt und ortet Lecks in Wasserpipelines und Wassernetzen schnell und zuverlässig. Dafür nutzt das Software-Tool des Siemens-Bereichs Industrial Solutions and Services (I&S) eine Kombination verschiedener Verfahren, die zur Detektion großer Lecks ebenso geeignet ist wie für schleichende Wasserverluste.

Siwa Plan Leak ist als modulare Erweiterung der bestehenden Leit- und Automatisierungstechnik konzipiert und verwendet die vorhandene Sensorik. Das Tool kann mit Siemens-Leittechnik genauso eingesetzt werden wie mit Systemen anderer Anbieter. Eine intelligente Auswertelogik hilft unnötige Fehlalarme zu vermeiden.

### Anforderungsprofile

Die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit von Wasserpipelines und Wassernetzen

### Bei Hochwasser:

## Bayerns Stauseen erfüllen Schutzfunktionen

Bayerns Stauseen dienen nicht nur der Erholung oder der Stromerzeugung. Besonders die Wasserspeicher des Voralpenlandes übernehmen bei Hochwasser eine Schutzfunktion: Während der starken Regenfälle im August haben ihre Kapazitäten dazu beigetragen, weiteres Unheil abzuwenden, meldet der Verband der Bayerischen Elektrizitätswirtschaft, VBWE.

Etwa jede fünfte Kilowattstunde Strom, die in Bayern produziert wird, stammt aus Wasserkraft. Waren es im trockenen Sommer 2003 nur 16,3 Prozent, stieg der Anteil an der Gesamtstromerzeugung 2004 auf 18,3 Prozent. Im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden die Vorjahreswerte sogar um 1,3 Prozent übertroffen. Damit ist Wasser nach Kernkraft die wichtigste Energiequelle Bayerns und trägt zu einer Stromproduktion bei, die zu etwa 90 Prozent CO<sub>2</sub>-frei ist.

Ein Ansteigen des Wasserkraftanteils aufgrund der typischen Regenfälle der vergangenen Wochen ist allerdings nicht zu erwarten, denn die Kraftwerksanlagen können nicht über ihre technischen Kapazitäten hinaus Strom erzeugen. Vielmehr kann Treibgut den Wasserlauf behindern und die Stromerzeugungsleistung dadurch sinken, was sich aber im Jahresdurchschnitt kaum bemerkbar macht.

Stauseen ermöglichen aber nicht nur die umweltfreundliche Stromerzeugung, sie dienen

hängt entscheidend von der sicheren und schnellen Erkennung und Ortung von Lecks ab.

### Bilanzverfahren

An ein Lecküberwachungssystem (Leak Detection System; LOS) werden zwei gegensätzliche Anforderungen gestellt: Einerseits sollen große Wasserverluste sehr schnell erkannt werden, andererseits muss das System auch gegenüber kleinen und schleichenden Lecks empfindlich sein. Siwa Plan Leak von Siemens verwendet da-

für eine an die individuellen Anforderungen einer Anlage angepasste Kombination von Erkennungsalgorithmen.

Dazu gehören verschiedene Massenbilanzverfahren (kompensiert, nicht kompensiert, statistisch) und Verfahren hinsichtlich Durchflussänderung, Druckabfall, Druckwellen und Druck-Durchfluss. Die Algorithmen beziehen die erforderlichen Messdaten für Druck, Durchfluss und Temperatur aus der in der Anlage installierten Prozessinstrumentierung. Zusätzliche Sensoren oder Verkabelungen sind nicht erforderlich. Das System verwendet einen intelligenten Auswertungsprozess, der unnötige Fehlalarme vermeiden hilft.

### Präzise

### Entscheidungsgrundlage

Damit liefert Siwa Plan Leak dem Bedienpersonal eine präzise Entscheidungsgrundlage, um bei einer Leckage schnell die richtigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Dies erhöht die Betriebssicherheit der Wasserpipelines und -netzwerke und damit auch die Versorgungssicherheit. Darüber hinaus werden Folgeschäden wie das Unterspülen von Fundamenten weitgehend vermieden.

Siwa Plan Leak wird auf einem handelsüblichen PC ausgeliefert und kann problemlos über standardisierte Schnittstel-

## Neuburg mit zukunftsweisendem Konzept

Mit ihrem neuen Klärwerk hat Neuburg den Grundstein für ein zukunftsweisendes Konzept der Abwasserbeseitigung und Klärschlammbehandlung gelegt. Dies betonte Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller bei der Einweihung der neuen Kläranlage in Neuburg an der Donau.

Müller: „Neuburg hat bereits mit dem neu umgestalteten Donaukanal bewiesen, dass sich ein Hochwasserschutz-Bauwerk harmonisch in das Stadtbild einfügen lässt. Jetzt wartet die Stadt auch noch mit Abwasserwerten auf, die weit unter den gesetzlichen Vorgaben und teilweise um bis zu 95 Prozent unter den bisherigen Werten liegen.“

Die Stadt am Wasser erweist sich damit nicht nur als würdiger Gastgeber für die diesjährige Landesausstellung „Von

len wie zum Beispiel OPC an das bestehende Leitsystem angebunden werden. Die grafische Benutzeroberfläche orientiert sich an der Bedienung von Simatic PCS7 und WinCC. Dies reduziert den Schulungsaufwand beim Anwender. Der modulare Aufbau von Siwa Plan Leak ermöglicht einen problemlosen Einsatz auch in einer Automatisierungsumgebung mit Produkten anderer Anbieter und vereinfacht die Systemanpassung bei verändernden Anforderungen, beispielsweise bei Umbauten oder Erweiterungen. Weitere Informationen unter: <http://www.siemens.de/water>

Der Siemens-Bereich Industrial Solutions and Services (I&S) ist der System- und Lösungsintegrator für Anlagen der Industrie und Infrastruktur und weiterer Dienstleister für das Anlagengeschäft von der Planung und der Errichtung über den Betrieb und den gesamten Lebenszyklus. I&S nutzt dafür elektrotechnische Produkte anderer Siemens-Bereiche, um Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in den Branchen Metallurgie, Wasseraufbereitung, Zellstoff und Papier, Öl und Gas, Schiffbau, Tagebau sowie Straßenverkehrstechnik und Industrielle Dienstleistungen zu steigern. Bei einem Umsatz von 4,290 Milliarden Euro beschäftigte I&S im Geschäftsjahr 2004 (30. September) weltweit 30.000 Mitarbeiter. Weitere Informationen und Download unter: [www.industry.siemens.de](http://www.industry.siemens.de)



Die Minister Siegfried Schneider (2. v. l.) und Werner Schnappauf (2. v. r.) bei der Verleihung des Förderpreises.

## Adelholzener Förderpreis für 16 bayerische Schulen

Nur wer genügend und regelmäßig trinkt, bleibt fit und leistungsfähig. Dies betonten Gesundheitsminister Werner Schnappauf und Kultusminister Siegfried Schneider in München bei der Verleihung des „Adelholzener Förderpreises“ an 16 bayerische Schulen.

„Kinder und Jugendliche verbringen täglich viele Stunden im Unterricht. Wenn der Kopf beim Lernen raucht, gerät das Trinken schnell in Vergessenheit. Gerade in der Schule muss deshalb besonders auf ausreichendes Trinken geachtet werden. Denn wenn der Durst kommt, leidet der Körper schon unter Flüssigkeitsmangel. Bereits ein Wassermangel von 1 bis 5 Prozent des Körpergewichts lässt Herzfrequenz und Körpertemperatur steigen.“

### Idealer Durstlöcher

Schnappauf und Schneider riefen deshalb die Eltern dazu auf, ihren Kindern neben einem gesunden Pausenbrot auch genügend zu trinken mit in die Schule zu geben. Lehrer sollen während des Unterrichts das Trinken ermöglichen und auch regelmäßig aktiv zum Trinken auffordern. „Trinkgewohnheiten werden im Kindesalter geprägt. Deshalb müssen schon frühzeitig die Weichen richtig gestellt werden. Wasser – egal, ob Leitungswasser oder Mineralwasser – ist da ein idealer Durstlöcher“, so die Minister.

Neben dem ausreichenden Trinken ist nach den Worten der Minister auch die gesunde Ernährung der Schüler von essentieller Bedeutung. Schnappauf wies in diesem Zusammenhang auf die dramatischen Folgen von Ernährungsmängeln hin: „Jugendliche, die sich falsch ernähren und zu wenig bewegen, sind auf dem direkten Weg, Risikopatienten zu werden. Fettleibigkeit schon im Kindesalter lässt nach neuen Studien die Lebenserwartung um bis zu 12 Jahren sinken. Aktuelle Schulleitungsforschungen zeigen:

Fast jedes 10. Kind leidet an Übergewicht. Folgekrankheiten, wie Diabetes, Herz-Kreislauf- und Gelenkerkrankungen sind damit vorprogrammiert. Schon Fünfjährige bekommen heutzutage Altersdiabetes. All diese Risiken sind durch einen gesundheitsbewussten Lebensstil deutlich zu verringern, wenn nicht gar zu vermeiden.“

Bayern setzt deshalb nach den Worten Schnappaufs im Rahmen seiner Gesundheitsinitiative gesund.Leben.Bayern auf konsequente Gesundheitsvorsorge. „Der Kampf gegen Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen ist eines der zentralen Themen. Kinder und Jugendliche werden im Kindergarten, in der Schule, im Freizeitbereich aktiv zu einem gesundheitsbewussten Verhalten angeregt. Projekte, wie Tiger Kids im Kindergarten oder das Schülerunternehmen für gesunde Pausenverpflegung „Essen, was uns schmeckt“ zeigen den Weg dazu“, so Schnappauf.

### Städtliches Preisgeld

Der Adelholzener Förderpreis wird an 16 bayerische Schulen verliehen, die besonders vorbildliche Projekte zu den Themen „Vollwertige Ernährung“, „Gesundes Trinken“ und „Ausreichende Bewegung“ gestaltet haben. Für den Adelholzener Förderpreis spendeten die Adelholzener Alpenquellen von jeder zwischen 1. 3. und 30. 5. verkauften Kiste Mineralwasser, Apfelschorle und Sportschorle jeweils 10 Cent. So kam ein städtliches Preisgeld von 80.000 Euro (5.000 Euro pro Schule) zusammen.

## Hochwasserschutz für Mindel-Anwohner

Die Anwohner an der schwäbischen Mindel werden künftig besser vor Hochwasser geschützt sein. Dies betonte Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller beim Spatenstich für ein Großprojekt, das als eines der größten Hochwasserschutzmaßnahmen an Gewässern des Bezirks Schwaben an der Mindel bei Dirlwang durchgeführt wird.

„In Dirlwang wird der technische Hochwasserschutz und der natürliche Wasserrückhalt in der Fläche in idealer Weise kombiniert. Dies geschieht durch den Bau eines Rückhaltebeckens für fast 700.000 Kubikmeter Wasser und die gleichzeitige Renaturierung der Mindel auf etwa drei Kilometern.“ Dadurch wird der Staatssekretärin zufolge neben dem Hochwasserschutz für Dirlwang auch die Situation für die flussabwärts liegenden Kommunen insgesamt verbessert.

„Die Hochwasserereignisse der letzten Monate und Jahre zeigen es ganz deutlich: Wetter-

Extreme nehmen wegen der globalen Klimaveränderung mehr und mehr zu. Darauf müssen wir uns einstellen“, so die Staatssekretärin.

Die Gesamtkosten des Projekts bei Dirlwang belaufen sich auf 4,9 Millionen Euro. Der Freistaat hat dem Bezirk Schwaben bereits eine Förderung in Höhe von rund 2 Millionen Euro aus EU-Mitteln zugesagt sowie für Grunderwerb und Ingenieurleistungen 50 Prozent der Kosten übernommen. Der Bezirk Schwaben und der Markt Dirlwang übernehmen die restliche Summe.



Korrosion?  
Gerüche?

Beides zu vermeiden  
muss nicht teuer sein.

Geruchsemissionen aus Kanalschächten gehen in der Regel einher mit massiven Korrosionsschäden am Bauwerk. Immer größere Sammlersysteme und sinkende Abwasserfrachten führen nicht nur zu den bekannten unangenehmen Gerüchen, sondern auch zu massiven Korrosionsschäden und zu toxischen Symptomen. Zur Eliminierung von Schwefelwasserstoff als Hauptverursacher haben sich QUICKFLOC Eisen-II-sulfat und KRONOFLOC Eisen-II-chlorid-Lösung bereits bestens bewährt. Fragen Sie uns, wir haben mehr als 30 Jahre Erfahrung.

**KRONOS**  
ecochem

KRONOS INTERNATIONAL, Inc.  
KRONOS ecochem  
Peschstraße 5 · 51373 Leverkusen  
Tel. 0214/356-0 · Fax 0214/44117  
[kronos.ecochem@kronosw.com](mailto:kronos.ecochem@kronosw.com)  
[www.kronosecochem.com](http://www.kronosecochem.com)

## Fachübergreifende Konzeption bis 2020:

## Start für Integriertes Stadtentwicklungskonzept Hof

Heute fiel der Startschuss zu einem der umfassendsten gutachterlichen Projekte in der jüngeren Geschichte Hofs. Beim „Integrierten Stadtentwicklungskonzept“ (ISEK) handelt es sich um eine fachübergreifende Konzeption für die Entwicklung der Stadt bis zum Jahr 2020. Das Entwicklungsprojekt wird im Rahmen des bundesweiten Programms „Stadtumbau West“ realisiert. Mitglieder des Stadtrates, der Stadtverwaltung sowie Vertreter von Firmen mit Infrastrukturaufgaben und die interessierte Öffentlichkeit wurden in einer erweiterten Sitzung des Bauausschusses durch das Gutachterteam umfassend informiert.

Das ISEK wird eine zukunfts-fähige Konzeption sein für nahezu alle städtischen Angebotsbereiche. Dazu gehören vor allem die Wirtschaft und das Standortmarketing, Bevölkerung und Sozialstruktur, der Wohnungsmarkt, die sozialen und technischen Infrastruktureinrichtungen, Verkehr, Umwelt, die Stadtplanung sowie die Landschafts-, Grün- und Freiflächenplanung.

### Erfahrenes Team

Mit dieser anspruchsvollen Aufgabe wurde in Abstimmung mit der Regierung von Oberfranken und nach einem komplexen Auswahlverfahren ein erfahrenes Fachberaterenteam betraut. Die beteiligten Firmen und Institute GMA, Schulz-Boedecker sowie Cooperative (siehe Anhang) haben langjährige Erfahrungen beim Stadtumbau und der Stadtsanierung, und viele Erfolge bei zahlreichen Stadtentwicklungskonzepten in ganz Deutschland. Beispielsweise wurden über zehn Projekte im Programm „Stadtumbau Ost“ betreut. In Oberfranken zeichnete das Team bereits ver-

antwortlich für das bayerische Pilotvorhaben eines ISEK in Selb.

### Stabsstelle

Das Vorhaben wird in der Stadt Hof federführend durch den Unternehmensbereich Recht, Planen, Umwelt betreut. Um die Zusammenarbeit mit den Gutachtern, den beteiligten Ämtern und Institutionen sowie den Vertretern aller gesellschaftlichen Bereiche so effizient wie möglich zu gestalten, wurde für das Projekt eigens eine Stabsstelle geschaffen. Baudirektor Davor Tepez wird das Projekt auf städtischer Seite leiten.

### Der Hintergrund

Hintergrund des ISEK sind die besonderen Herausforderungen, mit denen auch die Stadt Hof konfrontiert ist: sinkende Einwohnerzahlen und die parallel dazu ansteigenden Zahlen älterer Bürger sind dafür nur ein Merkmal. Aus den demographischen Entwicklungen ergibt sich, dass städtische und private Infrastruktureinrichtungen angepasst werden müssen, aber

auch die Ziele für den Wohnungsmarkt und für alle städtebaulichen und verkehrlichen Planungen, Kinderbetreuungseinrichtungen, das Busnetz oder der Gebäude- und Wohnungsbestand stehen ebenso auf der Agenda wie die Sport-, Freizeit- und Kultureinrichtungen oder die Erholungsflächen. Besonders Augenmerk genießen Struktur und Entwicklungen im Bereich Wirtschaft.

### Arbeit transparent machen

Ein Hauptziel des ISEK ist, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in das Projekt einzubeziehen, aber auch die ansässigen Unternehmen, die Lokalpolitik, die Vereine sowie wichtige Organisationen und Einrichtungen in der Stadt am Planungsprozess zu beteiligen. Im Rahmen des mehrstufigen Beteiligungsprozesses soll es gelingen, die Arbeit der Gutachter möglichst transparent zu gestalten und alle Beteiligten in die bevorstehenden Entscheidungen zu integrieren. Die Fachgutachter werden den Beteiligungsprozess „interdisziplinär“ betreiben. Dies bedeutet, dass Themen der Stadt Hof unter den verschiedensten Blickwinkeln betrachtet werden. Die ökonomischen, sozialen, kulturellen, umweltrelevanten und räumlichen Aspekte einer Fragestellung fließen in die Betrachtung ein. Erst damit wird „integriertes“ und damit letztlich sinnvolles Handeln und Entscheiden möglich.

### Bürgerbeteiligung

Zum Beteiligungsverfahren gehören auch öffentliche Veranstaltungen. Die Bürgerbeteiligung ist ein wesentliches konzeptionelles Element. So ist eine „Zukunftswerkstatt“ geplant, zu der Bürger, Unternehmer, Stadträte und die Verwaltung sowie alle Institutionen eingeladen werden. Interessierte können in themenbezogenen Arbeitskreisen gemeinsam mit den Fachberatern Ziele definieren, Maßnahmen unterbreiten und Impulsprojekte vorschlagen. Die Öffentlichkeit wird zu-

### Wirtschaft in Oberfranken - Strukturdaten 2005:

## Herausragender Landkreis Lichtenfels

Das soeben erschienene Falblatt „Strukturdaten 2005“ der IHK von Oberfranken, das Informationen zu allen wichtigen wirtschaftsrelevanten Indikatoren für Oberfranken und seine Landkreise enthält, weist u.a. gute Entwicklungen im Landkreis Lichtenfels aus.

So wurden zum Jahresende 2004 insgesamt 2.975 IHK-Unternehmen sowie 969 HWK-Unternehmen gezählt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies im Landkreis Lichtenfels eine Zunahme um 11 Betriebe, die vor allem im Handwerksbereich geschaffen wurden. Auch hinsichtlich des Bruttoinlandsproduktes zu Marktpreisen ist eine Steigerung aufzuweisen.

### Höchste Steigerung

So entwickelte sich das BIP von 1.690 Mio. Euro (2002) auf 1.782 Mio. Euro (2003), was einer Steigerung um 4 Prozent entspricht. Bemerkenswert: Dies ist die höchste Steigerung unter Oberfränkerns Landkreisen und kreisfreien Städten. Positive Entwicklungen für

dem während des gesamten Projektes auf der eigens eingerichteten Homepage www.stadtentwicklung-hof.de informiert. Sie ist als interaktiver Teil ein frei zugängliches Forum der Stadtentwicklung. Alle interessierten Bürger - dazu zählen wir Kinder ebenso wie Ältere, Geschäftsleute ebenso wie Hilfsbedürftige, Vereinsvorsitzende und Pfarrer ebenso wie ausländische Mitbürger oder Eltern - können sich an den Diskussionen beteiligen und Vorschläge machen, aber auch ihre Kritik loswerden. Alle, die sich für diese Form des Handelns interessieren und mitwirken wollen, sollen auch mitgenommen werden. Geplant ist, ein neues, interaktives Bezugsnetz für die Themen Hofs zu knüpfen. Dieser Ansatz wird nicht auf die Stadt Hof beschränkt bleiben sondern auch regionale und überregionale Partner einbeziehen.

### Bestandsaufnahmen

In den nächsten Wochen werden die Fachgutachter ihre umfangreichen Bestandsaufnahmen durchführen. In diesem ersten Arbeitsabschnitt wird auch die Infrastruktur-Ausstattung Hofs erfasst und bewertet. Gleichzeitig werden Prognosen der zukünftigen Einwohnerentwicklung und der Sozialstruktur Hofs und seinen Stadtteilen erstellt. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse wird beurteilt, ob die bestehenden Infrastruktureinrichtungen gehalten und modernisiert, vielleicht erweitert oder zurückgebaut werden sollten.

### Kontrollsystem

Zur Analyse der Fachplaner gehört auch die Erarbeitung eines aussagefähigen Monitoring- und Kontrollsystems, mit dem die Ziele der Stadtentwicklung und die Fortschritte des Stadtumbauprozesses in Hof überwacht, bestätigt, möglicherweise verändert oder neu definiert werden müssen.

Die Arbeiten für das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Hof werden etwa ein Jahr in Anspruch nehmen. Sobald erste Ergebnisse der Bestandsaufnahmen vorliegen, sollen die Termine für die Zukunftswerkstatt und die verschiedenen Workshops bekannt gegeben. Mit dem Abschluss des Projektes ist im Sommer nächsten Jahres zu rechnen. r



Die Partner des neuen Projektes „Ehrenamtliche Familienbegleitung“: Landrat Dr. Karl Vogele, Hannes Neumeier, Leiter des Amtes für Jugend und Familie beim Landratsamt Augsburg und seine Mitarbeiterin Margarete Knöferl, der 3. Bürgermeister der Stadt Schwabmünchen Johann Nebauer, der Direktor der St. Gregor Jugendhilfe, Bezirkspräsident Jürgen Reichert, Helmut Bauer, Präsident des Rotary Clubs Schwabmünchen, Hermann Müller, Projektleiter beim Rotary Club und der Leiter des Familienbüros Schwabmünchen Achim Friedrich (v. l.). r

## Hilfe für Familien im schwierigen Alltag

### Ehrenamtliche Familienbegleiter unterstützen bei unüberwindbaren Problemen

Der Landkreis Augsburg hat in Zusammenarbeit mit der St. Gregor Jugendhilfe und dem Rotary Club Schwabmünchen das Modellprojekt „Ehrenamtliche Familienbegleitung“ ins Leben gerufen. Diese ist am regionalen Familienbüro Schwabmünchen angegliedert, ist auf zwei Jahre angelegt und wird im Oktober 2005 beginnen. Das Modellprojekt wurde jetzt der Öffentlichkeit vorgestellt.

Alltägliches, wie zum Beispiel Arztbesuche, Behördengänge, Betreuung der Kinder oder Hausarbeiten stellen für manche Familien oder Alleinerziehende unüberwindbare Probleme dar. Oft werden diese Alltagssituationen zu Herausforderungen, weil keine ausreichenden Entlastungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Die daraus folgende soziale Isolation und die tägliche Organisation des Tagesablaufes bringen die Familien zuhause auf die Grenzen ihrer Belastbarkeit.

### Wachsender Bedarf

Jetzt gibt es eine neue Einrichtung beim Familienbüro Schwabmünchen der St. Gregor Jugendhilfe, die in diesen Lebenssituationen helfen möchte: die ehrenamtlichen Familienbegleiter. Sie unterstützen und entlasten unentgeltlich durch ihre eigenen Erfahrungen die Betroffenen im Raum Schwabmünchen für eine begrenzte Zeit. Denn ein soziales Netzwerk, welches in kritischen Situationen hilfreich einspringen kann, ist oft nicht mehr gegeben. Der Wandel der Familienstruktur oder das Verschwinden von Mehrgenerationenfamilien sind die Gründe.

„Die Oma, die mal eben die Aufsicht und Betreuung der Kinder übernimmt, fehlt zunehmend“, stellte Landrat Dr. Karl Vogele fest. „Deshalb mussten wir eingreifen und dieses Hilfesystem aufbauen. Der Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen wächst dramatisch.“ Auch der Direktor der St. Gregor Jugendhilfe, Bezirkspräsident Jürgen Reichert, sprach von einer neuen Form des bürgerschaftlichen Engagements.

### Einzigartiges Projekt

Alltagspraktisches und erzieherisches Erfahrungswissen sind die Grundvoraussetzungen für die Tätigkeit eines Familienbegleiters. Sie werden aber auch durch eine hauptamtliche pädagogische Fachkraft des Familienbüros Schwabmünchen betreut. Diese bieten den Ehrenamtlichen Fortbildungen an, unterstützen, wenn Probleme auf-

tauchen oder vermitteln weitere Hilfestellungen, wenn die ehrenamtliche Begleitung nicht ausreicht. Der Landrat freut sich sehr über dieses schwebweit einzigartige Projekt. „In einer Zeit, in der Ungebundensein und Freisein von Pflichten oft höher im Kurs steht, als der Dienst am Nächsten, sind die ehrenamtlichen Familienbegleiter Vorbild und Beispiel.“

### Dank an Sponsor

Der Rotary Club Schwabmünchen stellt für das Modellprojekt sowohl finanzielle Mittel als auch persönliche Kompetenzen zur Verfügung. Bei Bedarf nehmen die Rotarier die Familien persönlich an die Hand und geben mit ihrem vielfältigen Know-how bei unterschiedlichen familiären Problemen Hilfestellungen. Der Projektleiter beim Rotary Club, Hermann Müller, hat bereits viele Ideen wie zusätzliches Geld für diese Maßnahme zusammen kommen soll. Unter anderem plant er ein Business-Dinner mit Unternehmern aus der Region. Vogele dankte sich bei dem Sponsor: „Ohne die großzügige Unterstützung der Rotarier und deren Engagement wäre dieses Projekt in diesem Rahmen nicht zustande gekommen.“ r

### 46. Europäischer Kulturweg eröffnet

Kürzlich wurde der dritte Europäische Kulturweg auf Alzenauer Stadtgebiet eröffnet. Die neue Route „Alzenau 3 - Am Siltzert“ erschließt die nördliche Alzenauer Kulturlandschaft. Auf einem Rundweg von 9 km Länge (ausgeschildert durch ein gelbes Schifflchen auf blauem Grund) wird die Geschichte des Ringwalls Schwendenschanze, der Dörsthöfe, der Landsitze und der Ortschaften am Siltzert vorgestellt. Der Kulturweg präsentiert Sehenswürdigkeiten dieser Landschaft, die heute an Hessen grenzt, vor 1748 ein Teil der Dorfgenossenschaft Freigericht war, die vom (heute hessischen) Somborn bis ins (heute bayerische) Hörstein reichte. r

## Kreiskliniken ziehen an einem Strang

### Oberbayerische Landräte unterzeichneten Kooperationsvertrag

Im Rahmen der Tagung der oberbayerischen Landräte in Waldkraiburg haben die Landräte der Landkreise Ebersberg, Erding und Mühldorf a. Inn eine Kooperationsvereinbarung unterschrieben, die die künftige Zusammenarbeit der Kreiskliniken der Landkreise regelt.

Die drei Landräte sowie die drei Krankenhausdirektoren, die zur Unterzeichnung der Vereinbarung nach Waldkraiburg gekommen waren, wollen sich durch die Kooperation verstärkt bei der Erfüllung des Versorgungsauftrages der jeweiligen Kliniken durch Bündelung von Aufgaben und Dienstleistungen unterstützen.

So umfasst die Kooperationsvereinbarung u. a. das Miteinander im Bereich des medizinischen Leistungsspektrums, im Personalbereich durch abgestimmte Weiterentwicklung der Personalpolitik sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung, im EDV-Bereich und beim Gebäudemanagement.

Ebersberg stellvertretender Landrat Walter Brillmayer, Erdings Landrat Martin Bayerstorfer und Mühldorfs Landrat Georg Huber waren sich bei der Unterzeichnung einig, dass die Vereinbarung ein „richtungweisender Weg in die Zukunft der heimischen Kliniken“ sei. Als erstes gemeinsames Projekt wollen die Geschäftsführer der jeweiligen Kreiskliniken den Bereich der gemeinsamen Ausbildung des Pflegepersonals in Angriff nehmen. DK

## Neu-Ulm soll zur Landesgartenschau 2008 hochwassersicher erblühen

Zur Landesgartenschau 2008 soll Neu-Ulm durch eine gemeinsame Kraftanstrengung möglichst hochwassersicher erblühen können. Dies unterstrich Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf mit dem Spatenstich zum ersten Bauabschnitt der Hochwasserschutzmaßnahme vom Neu-Ulmer Illerkanal bis zur Gänstorbrücke.

Schnappauf: „Vor Neu-Ulm mündet die Iller in die Donau, was zu einer besonders breiten Hochwassersituation führen kann. In Neu-Ulm ziehen alle Beteiligten an einem Strang. Dank der konzertierten Aktion von Stadt, Politikern vor Ort, Bürgern und Grundstückseigentümern wird nun diese Gefahrenstelle rasch entschärft.“

Nach Abschluss der Hochwasserschutzmaßnahmen wird die Stadt künftig vor einem 100-jährlichem Hochwasser geschützt sein. „In den Neu-Ulmer Hochwasserschutz werden insgesamt 6 Millionen Euro investiert. Für die Landesgartenschau der „Grünen Brücken“ stehen weitere 3,6 Millionen Euro zur Verfügung. r



**Niederbayerische Landräte-Tagung:**

# Rettet den ländlichen Raum!

Auf großes Unverständnis stößt bei den niederbayerischen Landräten die derzeit gültige Version des Landesentwicklungsprogramms in Bayern. Insbesondere kritisieren die Kommunalpolitiker die strengen Regelungen im Hinblick auf die Genehmigung von Einzelhandelsverkaufsfächen: „Es ist unglaublich, dass diese völlig veralteten Regelungen immer noch Bestand haben“, betonte der Vorsitzende der niederbayerischen Landräte, Hans Dorfner, im Anschluss an eine Tagung der Landräte bei einem Pressgespräch im Landratsamt Landshut.

„Der ländliche Raum wird ausgedünnt.“ Diese Meinung war, so der Passauer Landrat, unter seinen Kollegen vorherrschend. Nach geltender Regelung des bayerischen Landesentwicklungsprogramms dürfen in ländlichen Gebieten keine Einzelhandelsprojekte, deren Verkaufsfläche 900 Quadratmeter übersteigen, genehmigt werden - eine nach Ansicht Dorfners „unerträgliche und absolut überholte Reglementierung“. Auch auf dem Land sei ein Angebot von entsprechender Größe unabdingbar notwendig. Diese Gleichmacherei von Seiten der Gesetzgebung sei Sozialismus pur, betonte Dorfner; selbst im Mittelalter habe man sich noch freier bewegen können.

vor allem Tschechen würden damit aus Bayern mit ihren Angeboten hohe Kaufkraft abziehen.

Ebenfalls im Zentrum der Tagung standen die Auswirkungen



Hans Dorfner.

**Kaufkraft wird abgezogen**

Unterstützung erfuhrt der Passauer Landkreischef von seinem Landshuter Amtskollegen Josef Eppeneder. Die Politik müsse endlich einsehen, dass man das Einkaufsverhalten der Bürger nicht steuern könne: „Die Realität ist doch: Bei uns wird nichts genehmigt, und einige Meter hinter der Grenze werden riesige Einkaufszentren hochgezogen.“ Österreich und

weniger Aussiedler untergebracht. Wir dürfen Landkreise, die in diesem Bereich viel geleistet haben, nicht im Regen stehen lassen“, stellte Hans Dorfner fest.

**Erschreckende Dimensionen**

Dass die Kosten für Sozialleistungen täglich steigen, macht den Politikern die Arbeit nicht leichter. „Im Landkreis Passau haben wir im Zuge von Hartz IV mit 3200 Bedarfsgemeinschaften gerechnet. Jetzt stehen wir bei 4600“, zeigte Dorfner die erschreckenden Dimensionen auf.

Josef Eppeneder muss zwar nicht mit derartigen Zahlen zurechtkommen, aber auch im Landkreis Landshut sind es prozentual deutlich mehr Bedarfsgemeinschaften, sprich Personengruppen, die Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, als zuvor prognostiziert.

Ebenfalls thematisiert wurde schließlich die steigende Gefahr durch Tierseuchen. Ein Bezirk wie Niederbayern, reich an Viehhaltung, müsse auf den Fall der Fälle gut vorbereitet sein, sagte Dorfner. Entsprechende Vorratsslager mit Impfstoffen, Desinfektionsmittel und Schutzanzügen müssten deshalb angelegt werden. Diese sollten nach Ansicht der niederbayerischen Landräte zentral angelegt werden. Mittel für die ersten Tage, um schnell reagieren zu können, müssten freilich in den Landkreisen direkt vor Ort gelagert werden. **DK**



Ein glücklicher Landrat: Roland Schwing (5. v. r.) beim Spatenstich.

**Umgehung Miltenberg:**

# Jahrhundertbauwerk wird endlich realisiert

**Baubeginn des bundesweit ersten PPP-Projektes im Staatsstraßenbau**

„Das Jahrhundertbauwerk Umgehung Miltenberg wird endlich realisiert. Dies ist für den Landkreis Miltenberg ein schöner und glücklicher Tag.“ Mit diesen Worten drückte Landrat Roland Schwing seine Freude beim Spatenstich für die Verlegung der Staatsstraße 2309 mit dem Bau einer neuen Mainbrücke aus. Eine Besonderheit weist dieses Vorhaben auf: Erstmals wird in Bayern und sogar bundesweit eine Staatsstraße im Rahmen eines Public-Private-Partnership (PPP) Modells gebaut. Deshalb stößt dieses Vorhaben auch bei anderen Landesverwaltungen und besonders bei der Bauwirtschaft auf großes Interesse.

Die Bayerische Straßenbauverwaltung erprobt mit dem Pilotprojekt neue Wege im Zusammenwirken von Wirtschaft und öffentlicher Hand mit dem Ziel, die Effizienz im öffentlichen Bauwesen weiter zu steigern, so Ministerialrat Dr. Bernhard Zanker von der Obersten Baubehörde in München. Kerngedanke des PPP-Modells ist es, dass der Auftragnehmer die Staatsstraße nicht nur baut, sondern auch vor-

Planungsgeschichte kann die Umgehungsstraße inzwischen zurückblicken. Voraussetzung für die jetzige Realisierung war eine „jahrelange Lobbytätigkeit“ in München, so Landrat Roland Schwing. Er lobte dabei besonders den Einsatz des früheren Landtagsabgeordneten Ludwig Ritter, der sich unermüdlich eingesetzt habe. Ebenso wichtig sei der Bau der Ortsumgehung Birstadt gewesen, welche dank des großen Engagements von Alt-Bürgermeister Hermann-Josef Eck bereits 2003 fertiggestellt werden konnte.

Ein besonderes Lob gab es für den Bayerischen Innenminister Günter Beckstein und die Bayerische Straßenbauverwaltung für den Mut und die Bereitschaft, dieses zukunftsweisende

**GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...**



„Als ob es nicht doch voranginge in unserem Land! Schließlich hat jetzt einer unserer ganz großen Konzerne das Motto ‚Aufbau statt Abbau‘ ausgegeben.“ Mein Chef, der Bürgermeister, spielte auf eine Nachricht an, die vor lauter spannenden Entwicklungen in der Welt der großen Politik in den Zeitungen fast etwas unterging: Die Telekom richtet wieder öffentliche Fernsprecher ein.

Was war das doch vor Jahr und Tag für ein Tamtam landauf, landab, als die guten alten Telefonhäuschen langsam eins nach dem anderen abgebaut wurden. Keine Bürgerversammlung verging ohne den Beschluss, die Stadt möge mit „der Post“ einmal Tacheles reden und die Münztelefone bewahren. Stadtratsanträge wurden geschrieben und medienwirksam lanciert, wonach der Abbau von Telefonen gleichsam ein

hafte, muss die jetzige Aufbau-Aktion auf handfesten Marktstudien beruhen. Denn nur wenn sich sowas auf Euro und Cent rechnet, kann ein dem Shareholder-Value verpflichtetes Unternehmen wie die Telekom solche Dienste anbieten. Da kommt einem natürlich unwillkürlich der Gedanke, dass halt nicht immer alles schlecht ist, was früher selbstverständlich war. Und der noch haftere, dass die Kundenwünsche nach Thema Service nicht alleine mit betriebswirtschaftlichem Rechnungswesen zu ermitteln sind.

So ist es halt immer: Was forscht Fortschritt heißt, ist manchmal doch nur ein Zwischenschritt zurück zum Bewährten. Bei der gelben Post ist es mutmaßlicherweise genauso. Zwar ist es wirklich gut, dass man jetzt Briefmarken und andere Postdienstleistungen beim Briefträger oder in einem Einzelhandelsgeschäft erhält und nicht mehr wie früher auf Gnad oder Ungnad gestrengen Postschalldienstbeamten ausgeliefert ist. Aber ob jeder Standort, von dem heute ein Briefkasten abmontiert wird, auch Morgen noch ohne ein solches Sammelbehältnis sein wird, darf bezweifelt werden. Spätestens wenn die privaten Konkurrenten auch Briefkästen aufstellen, wird der gelbe Riese ganz schnell sicherstellen, dass seine Kunden keine zu weiten Wege zurücklegen müssen. Konkurrenz belebt das Geschäft und verbessert den Service.

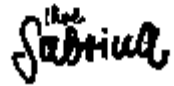
Mein Chef, der Bürgermeister, wird mit dieser tröstlichen Botschaft in die nächste Bürgerversammlung gehen, in der bestimmt wieder beklagt wird, dass irgendwo im Stadtviertel ein günstig gelegener Briefkasten einfach abmontiert wurde. Als Rüstzeug lege ich ihm noch das heutige Kalenderblatt mit einem Satz des englischen Logikers und Philosophen Alfred North Whitehead hin: „Die Kunst des Fortschritts besteht darin, inmitten des Wechsels die Ordnung zu bewahren, inmitten der Ordnung den Wechsel aufrecht zu erhalten.“

## Von der Kunst des Fortschritts

Schlag ins Kontor der Daseinsvorsorge sei und nicht wenige Ortssprecher waren sich nicht zu blöd zu behaupten, das Telefon wäre im Dorf geblieben, wenn dieses nicht unglückseligerweise anno '72 eingemeindet worden wäre.

So, und dann waren sie weg und keiner hat sie vermisst. Keiner? Naja, zwar hat jedermann ein Telefon zu Hause und vom Schulkind bis zum Greis haben nur krasse Verweigerer und Individualisten kein Handy, aber für eine ganze Menge Leute müssen die magentafarbenen Ratschinseln dann doch unentbehrlich gewesen sein. Denn die Telekom will 100.000 kombinierte Münz-Karten-Telefone aufstellen - das ist immerhin eins pro 820 Einwohner! Allerdings nicht mehr in den alten, etwas muffigen Fernsprechzellen, die genauso klastrophobisch waren, wie der Name schon andeutet. Jetzt kommen dafür elegante Kommunikationsständer, die nur den Nachteil haben, dass man an Bahnhöfen und viel befahrenen Straßen weder sein eigenes, noch das Wort des Gesprächspartners versteht.

Während den vielen „Rettet-uns-er-Telefon“-Bewegungen vor ein paar Jahren eine Mischung aus Nostalgie und Querulantenrum an-



# Sozialpreis für innovative Projekte

**Erstmalige Vergabe des Bezirks Schwaben**

Augsburg (pm). Erstmals vergab heuer der Bezirk Schwaben einen sogenannten „Sozialpreis“. „In Bayern sind die Hilfen für sozial Schwache, kranke, pflegebedürftige und behinderte Menschen bei den Bezirken gebündelt“, so Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert. Mit über 426 Millionen Euro nimmt die soziale Hilfe den Löwenanteil des Bezirkshaushaltes ein. „Das beinhaltet für uns eine ebenso hohe Verpflichtung den hilfsbedürftigen Mitbürgern ebenso wie den Unlagezahlern gegenüber“, betonte nun der schwäbische Bezirksstadtspräsident bei der Preisverleihung in Augsburg.

Mit dem Sozialpreis, der jährlich vergeben wird, sollen künftig Initiativen und Projekte ausgezeichnet werden, die bei einem effektiven Einsatz an finanziellen Mitteln zum Umbau der schwäbischen Soziallandschaft beitragen. „Wir gehen eine Sozialplanung an, die konsequent ambulante vor stationäre Hilfen setzt, die mehr Heimat als Heim-

bietet und zur Integration behinderter, pflegebedürftiger und psychisch kranker Menschen beiträgt“, sagte Reichert vor zahlreichen Gästen beim Festakt in der Regierung von Schwaben. Dies entspreche den Ansprüchen der Betroffenen, die sich überwiegend ein Leben außerhalb von Institutionen wünschten, „wie beispielsweise aus der schwäbischen Heimenquote deutlich hervorgeht“, so Reichert. Nicht verschwiegen werden dürfe jedoch auch, dass eine integrative, wohnortnahe Sozialpolitik längerfristig kostengünstiger sei. Darüber hinaus solle künftig mit dem Sozialpreis auch verstärktes Augenmerk auf den qualifizierten Einsatz von Ehrenamtlichen gelegt werden.

**Schwäbische Tagesstätten**

Den ersten Sozialpreis des Bezirks erhielten heuer die schwäbischen Tagesstätten für psychisch kranke Menschen, die von verschiedenen Wohlfahrtsverbänden in Schwaben betrieben werden. Derzeit gibt es an neun schwäbischen Standorten insgesamt zwölf Einrichtungen dieser Art. „Ich besuche die Ta-

gesstätte der Arbeiterwohlfahrt in Augsburg nun seit 13 Jahren“, betonte Dieter Kocher, der stellvertretend für die zahlreichen Betroffenen sprach, „und ich hoffe, es gibt sie noch weitere 13 Jahre.“

**„Drehtürpsychiatrie“**

„Die Tagesstätten erfüllen auf besondere Weise die Anforderungen des Sozialpreises“, betonte Reichert bei der Preisübergabe. So verhinderten sie als unverzichtbarer Bestandteil des sozialpsychiatrischen Netzes eine sogenannte „Drehtürpsychiatrie“ durch wiederholte Klinikaufenthalte. Besucher würden individuell in ihren Fähigkeiten gefördert und nicht zuletzt werde ein erheblicher Beitrag zur Reintegration in die Gesellschaft und zur Alltagsbewältigung der Betroffenen geleistet.

**Stabilisierende Strukturen**

Ein wichtiges Element sei in allen Tagesstätten auch die ehrenamtliche Tätigkeit von Bürger Helfern, denen Reichert in seiner Laudatio einen besonderen Dank aussprach. „Mit Hilfe der stabilisierenden Angebotsstrukturen in den Tagesstätten ist es gelungen, die Zahl der Klinikaufenthalte deutlich zu reduzieren und die Chronizität der Erkrankung zu mildern, wie eine Evaluation durch das Psychiatriekoordinationsteam des Bezirkes deutlich nachgewiesen hat“, so der Bezirksstadtspräsident. **r**

Landkreis Fürth:

Alarm wegen Rückzahlung der Hartz IV-Zuschüsse

Defizit in Höhe von 3 Millionen Euro würde entstehen Landrätin Pauli plädiert an Bundesrat, Gesetzesänderung abzulehnen

Eine Hiobsbotschaft hat jetzt die Landkreise ereilt: Die noch amtierende Bundesregierung hat in das Kabinett einen Gesetz-entwurf eingebracht, nachdem von den Kommunen Hartz IV-Zuschüsse in Milliardenhöhe zurückgefordert werden sollen. Landrätin Dr. Gabriele Pauli schlägt Alarm: „3 Millionen Euro in einem Jahr nur für Hartz IV kann unser Landkreis nicht verkraften.“

Man habe sich auf die Versprechen verlassen, wonach es zu keinerlei Defiziten durch Hartz IV kommen sollte. So hat der Landkreis Fürth in seinem Haushalt auch keine Finanzierungslücke für Hartz IV eingeplant. Im Landkreis-Haushalt existiere aber bereits jetzt ein Loch in Höhe von 1,2 Millionen Euro. „Wir sind bis heute davon ausgegangen, dass diese Summe noch gedeckt wird, nun erfahren wir aus heiterem Himmel, dass der Bund das Gegenteil plant und sogar die bereits gezahlten Zuschüsse rückwirkend wieder haben will“, so Dr. Gabriele Pauli.

Ruinöse Forderung

Der Landkreis Fürth hat bislang 1,7 Millionen Euro als Ausgleich für Hartz IV vom Bund erhalten. Müsste er diesen Betrag tatsächlich zurückzahlen, ergäbe sich zusammen mit dem vorhandenen Defizit

eine Lücke von drei Millionen Euro. Das entspreche einer noch nie da gewesenen Belastung. Für den Landkreis und seine Umlagezahler, die Kommunen, bedeute diese Forderung den Ruin.

Schwindel erregend rote Zahlen

Wenngleich verlässliche Zahlen noch gar nicht vorlägen, so die Landrätin, zeige sich bereits jetzt, dass zwar Großstädte wie München und Nürnberg von Hartz IV profitierten. „Die Landkreise zahlen aber ordentlich drauf.“ Hartz IV hat bei den mittelfränkischen Landkreisen inzwischen ein Haushaltsloch in Höhe von rund 10 Millionen Euro hinterlassen. Wenn der Bundeszuschuss nun auch noch zurückgefordert wird, stünden die Kämmerer in Mittelfranken vor Schwindel erregend roten Zahlen.

„Dieses völlig ungerechte

Verhältnis zwischen Großstädten und den Landkreisen muss schnellstens behoben werden. Es kann nicht sein, dass es ein



Dr. Gabriele Pauli.

paar Gewinner und sehr viele große Verlierer gibt. Unsere Defizite müssen in voller Höhe vom Bund gedeckt werden und die Zusagen eingehalten werden“, fordert Dr. Gabriele Pauli und wird in dieser Frage auch die örtlichen Bundestagsabgeordneten einschalten.

Wertlose Versprechen

Sie erinnert an die großen Versprechungen, die im Vorjahr plakativ gemacht worden seien. So versicherte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ludwig Stiegler, den Bürgermeistern

auf der Kommunaltagung 2004 in Zirndorf, dass die Entlastungen für die Kommunen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro garantiert seien. Sicherungen und Auffangnetze, wie es sie noch nie gegeben habe, würden dies sicherstellen.

Wertloses Versprechen

Sie können sich hierauf verlassen“, versprach Ludwig Stiegler, der selbst an Hartz IV mitgearbeitet hat. Lokalpolitiker aller Parteien konnten in Zirndorf damals kaum glauben, was der SPD-Politiker ihnen versprach. „Die Zweifler scheinen nun Recht zu behalten, die Versprechen von damals sind überhaupt nichts wert“, ärgert sich die Landrätin, „von Gerechtigkeit keine Spur.“

Abenteuerliche Pläne

Sie appelliert an den Bundesrat, der einer Gesetzesänderung in Sachen Hartz IV erst noch zustimmen müsste, die Rückforderung des Bundeszuschusses abzulehnen. Man habe schließlich ein klares Verfahren vereinbart: „Im Oktober gibt es die Revision, also eine Überprüfung ob es zu Entlastungen bei den Landkreisen und Kommunen gekommen ist.“ Diese Zahlen lägen aber überhaupt noch nicht vor. Die Pläne des Bundes seien daher mehr als abenteuerlich.

Finanzchaos beenden

Die örtlichen Bundestagsabgeordneten Marlene Rupprecht und Christian Schmidt fordert die Landrätin dazu auf, „mas- siv darauf einzuwirken, dass diese schreiende Ungerechtigkeit und das entstandene Finanzchaos schnellstens beendet wird.“ Andernfalls sei keine geordnete Kommunalpolitik mehr möglich.

„Eine Brücke ins Nichts“

Diskussion über Hartz IV beim Vinzenztag der Caritas

Würzburg. „Arbeitslos 2005: Chancen statt Vorurteile“ lautet das Jahresthema des Deutschen Caritasverbandes. Beim Vinzenztag der Caritas in der Diözese Würzburg wurde hierüber mit Vertretern aus Kirche, Politik, Gewerkschaft und Wirtschaft diskutiert. Im Mittelpunkt standen die durch Hartz IV geschaffenen Zusatzjobs, von denen etliche bereits in unterfränkischen Caritaseinrichtungen geschaffen wurden.

Hartz IV - für die Wirtschaft sind laut Dr. Alexandra Pirzer von der Vereinigung der bayerischen Wirtschaft (vbw) die hohen Kosten der Reform das größte Problem. Rund 6,7 Milliarden Euro, rechnete die vbw-Arbeitsmarktreferentin vor, werde Hartz IV heuer verschlingen. Kritisch sei, dass zur Finanzierung vor allem die in die Arbeitslosenversicherung eingezahlten Beiträge hergenommen würden.

Pirzer zufolge muss die Bundesagentur für Arbeit 10.000 Euro für jeden nicht vermittelten Langzeitarbeitslosen an die Jobcenter zahlen. Nahezu ein halber Beitragspunkt zur Arbeitslosenversicherung könnte gespart werden, würde Hartz IV komplett aus Steuermitteln finanziert. Weil dies nicht geschieht, entstehe das Paradox, dass die Beschäftigungsoffensive Hartz IV durch unvermindert hohe Lohnnebenkosten Beschäftigung verhindert.

Für Eugen Hain, Leiter der Agentur für Arbeit Würzburg, besteht die größte Schwierigkeit darin, dass die Arbeitsagenturen und Jobcenter mit höchst problematischen Arbeitslosen zu tun haben. Die Menschen kämen mit einem „Rucksack voller Probleme“. Die Politik erwarte, dass die Agenturen die Betroffenen „zum Nulltarif“ fit für den Arbeitsmarkt machen. Problematisch seien vor allem die zahlreichen Jugendlichen aus „kaputtten Elternhäusern“. Sie hätten ohne Unterstützung keine Chance auf dem Arbeitsmarkt. Hier dürfe „die Gesellschaft nicht weg-

schauen“. Die Ein-Euro-Jobs sind für Hain „besser als nichts“ für Menschen, die keinen festen Job haben. Allerdings seien die Chancen derzeit gering, dass die Ein-Euro-Jobber tatsächlich auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen. Für nicht wenige Arbeitslosengeld II-Empfänger stelle sich Hartz IV somit als „Brücke ins Nichts“ dar.

Nach Angaben von Rainer Sans, Rechtsdirektor des Deutschen Caritasverbandes, erklärte sich die Caritas als bundesweit erster Wohlfahrtsverband bereit, Ein-Euro-Jobs zu schaffen. Bundesweit konnten bisher 17.350 Ein-Euro-Stellen in Caritas-Einrichtungen bereitgestellt werden. Besetzt seien augenblicklich aber nur 12.500.

Laut Sans dürften die Caritas-Mitarbeitervertreter und Einrichtungsleiter bei der Schaffung von Ein-Euro-Jobs mitreden. In nicht wenigen Fällen werde an der Zusätzlichkeit der Jobs gezweifelt.

Die regulär beschäftigten Mitarbeiter fürchteten eine Konkurrenz durch die billigen Ein-Euro-Jobber. Die Caritas sehe ihre Aufgabe in dieser Situation darin, vor allem Menschen mit vielfältigen Problemen durch Zusatzjobs zu helfen. Dabei gebe es nur zum Teil darum, die Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, da dieses Ziel aufgrund der Massenarbeitslosigkeit kaum zu realisieren sei. Einer Mitte Juli vorgestellten Caritas-Studie zufolge führten bisher lediglich fünf Prozent der Zusatzjobs in eine reguläre Beschäftigung. Pat Christ

Vorschau auf GZ 21

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 21, die am 3. November erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Technik und Ausstattung für Kommunen
- Kommunale Baupolitik
- Krankenhäuser, Pflegeheime, Gerontotechnik, Reha
- Schulen, Kindergärten, Horte

LIEFERANTEN- NACHWEIS



Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT Telefon 07151-995160

Fahrradabstellanlagen

ORION Fahrradabstellanlagen

Papierkörbe

der Umwelt zulleibe IUT

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen siehe Fahrradabstellanlagen ORION

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Außenmöblierung

BECK Möblierung für Außen

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH 97078 Würzburg

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

hallo Schachtabdeckungen, Schachtleitern

Wasserzähler

HYDROMETER DIE ZUKUNFT ZÄHLT

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt

SCHMIDT

SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH

Kommunale Software

ad KOMM IT-Lösungen

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN Unique Playgrounds

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung Felitto Star

Fahrradabstellanlagen

LANGER Wartehallen

Städteweg 14 85134 Stammham

www.mehr-als-verwalten.de

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Kommunal- und Winterdienst-Technik

Winterdienst - Schneeräumgeräte - Streumaschinen

SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH